

PROTOKOLL

über die 10. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 26. November 1998, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VICEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT: GR Rudolf Schröder

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

keine vorhanden

5. VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Berichterstatter BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Fin-110/98 Nachtragsvoranschlag 1998.
- 2) GemKan-26/98 Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr; Neufassung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr.

3) Fin-216/98 „REWO“ Residenzen und Wohnheime GmbH, Preuenhueberstraße 14, 4400 Steyr, Altstadterhaltungs- und Gewerbeförderung.

4) BauGru-50/98 Architektenwettbewerb Reithoffer- und Aigner-Gründe; Antrag auf Durchführung eines geladenen Wettbewerbes und Vergabe der diesbezüglichen Ausschreibung; Vorprüfung.

Berichterstatter VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

5) GHJ2-72/98 Hausverwaltungsvertrag mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr; Abänderung.

6) FW-14/98 Ankauf von Schutzjacken und Einsatzanzügen für die Freiwillige Feuerwehr Steyr

Berichterstatter STADTRAT GERHARD BREMM:

7) ÖAG-Müll-4766/88 Mülldeponie Steyr, Weiterführung der Deponieentgasung; Detailprojekt Entgasung zwischen Etage II und III samt Adaptierung der Förderleitungen; Vergabe und Mittelfreigabe.

Berichterstatter STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

8) Stw-90/96 Wassergebührenordnung; Änderung zum 1.1.1999.

Berichterstatter STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

9) BauStr-6/98 Ankauf von Flächen der Steyr-Daimler-Puch AG sowie der WAG zur Schaffung einer ausreichenden Zufahrt zur neuen Kleingartenanlage Münichholz.

10) GemKan-27/97 Kanalanschlußgebührenordnung; Änderung zum 1.1.1999.

11) BauT-7/97 Kanalisation Ennsleite; Sanierung des Kanalbestandes; Auftragsvergabe zur Kanalsanierung in der Schiller- und Kammermayrstraße.

12) BauGru-68/94 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46; Änderung Nr. 8 - R. Ecker - Ennsner Straße.

Berichterstatter STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

13) Fin-255/98 Evangelisches Pfarramt A.B. Steyr; Förderung.

14) Fin-259/98 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf sie herzlich begrüßen und eröffne die heutige Sitzung. Ich begrüße auch die Damen und Herren der Presse. Ich darf mitteilen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau GR Edith Radmoser und Herr GR Andreas Kupfer vorgeschlagen. Sie nehmen die Funktionen an. Entschuldigt hat sich GR Rudolf Schröder. Zu Punkt 2), „Anfragen“, darf ich sagen, daß keine vorhanden sind. Zu Punkt 3), „Mitteilungen des Bürgermeisters“, kann ich im Wesentlichen eher Erfreuliches berichten. Wir haben die vorweihnachtliche Zeit genutzt um uns aufzurüsten, obwohl das nicht zu Weihnachten paßt, nämlich mit dem Advent hier wieder die entsprechenden Vorbereitungen so zu treffen, daß das der Christkindlstadt Steyr entspricht. Unter anderem haben wir heuer am Stadtplatz wieder einen wunderschönen Weihnachtsbaum. Sie werden ihn ja schon gesehen haben. Es ist eine 15 Meter hohe Blaufichte. Es werden noch weitere 11 Fichten und Tannenbäume im Stadtgebiet, in den Stadtteilen aufgestellt werden. Diese aufgestellten Christbäume sind ausnahmslos Spenden von Bewohnern der Stadt.

Den größten Weihnachtsbaum hat uns der Herr Johann Mai gespendet. Die Kollegin Mach wird sich anlässlich der Eröffnung des Steyrer Christkindlmarktes noch persönlich bedanken.

Der Steyrer Christkindlmarkt findet heuer das 1. Mal auf der Promenade statt. Es sind hier große Anstrengungen vom Ausstellungsverein, von der Stadt, auch finanziell, unternommen worden, daß wir in dem neuen Ambiente zu einer Qualitätssteigerung kommen. Ich glaube, daß das wirklich ein guter und positiver Schritt war, weil am Stadtplatz haben diese Hütten kaum eine Chance, in Konkurrenz zu den herrlichen Fassaden des Stadtplatzes, hier

bestehen zu können. Es ist dort oben, wie gesagt, eine neue Umgebung und ich glaube, daß wir da wirklich einen Qualitätsfortschritt getan haben, wenn man auf das Alte Theater in der Umgebung, auf die Weihnachtsausstellung, die Antiquitätenmesse, Schloßpark, eine ganze Reihe von besonderen Attraktionen, die noch miteingeplant sind, Bezug nimmt, dann glaube ich, ist dieser längst fällige Schritt jetzt durch eine gemeinsame Anstrengung gelungen. Ich möchte allen schon jetzt herzlich danken, die sich bemüht haben, daß dieser Schritt zustande kommt.

Die Eröffnung des Steyrer Christkindlmarktes wird am 28. November um 16.30 Uhr vorgenommen werden und ich darf sie dazu herzlich einladen.

Es wird am Stadtplatz auch ein weihnachtliches Ambiente geben. Das ist auch neu. Es werden vier Hütten aufgestellt die eigens für diesen Zweck angefertigt wurden. Ich habe sie noch nicht gesehen aber ich hoffe, daß die hier den Geschmack der Steyrer und auch unserer Touristen treffen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn uns nicht die Bank Austria einen Strich durch die Rechnung macht.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das halte ich für ein Gerücht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Bank Austria werden wir in Grenzen halten. Jedenfalls in der Adventszeit. Gegen das Bauen haben wir ja an und für sich nichts, aber es muß nicht gerade in dieser Zeit eine riesige Baustelle entstehen. Wir haben eine diesbezügliche Weisung an das Bauamt gegeben, das im kleinstmöglichen Rahmen abzuwickeln und auch entsprechende Vorkehrungen zu treffen, daß nicht das Bild des Stadtplatzes gestört wird. Das wollte ich dazu berichten.

Etwas anderes sollte uns auch noch freuen. Wir haben hier im Bereich der Beschäftigung von Behinderten beim Magistrat Steyr recht eine erfolgreiche Entwicklung gehabt. Bewußt gegen den Trend. Es ist immer mehr üblich geworden sich von der Verpflichtung, sozusagen Behinderte auch zu beschäftigen, freizukaufen. Auch der Öffentliche Dienst ist davor nicht gefeit, wie wir dort und da gesehen haben. Wir schwimmen hier ganz bewußt gegen diesen Trend. Ich darf sagen, daß wir beim Magistrat Steyr derzeit 75 begünstigte Behinderte beschäftigen, womit die, laut Behinderteneinstellungsgesetz, vorgeschriebene Anzahl um mehr als das Doppelte überschritten wird. Es kann ruhig dazu gesagt werden, daß die auch ihre Arbeit tadellos verrichten und keineswegs deswegen eine schlechte Dienstleistung festgestellt werden kann. Wir glauben, daß wir damit unserem sozialen Auftrag entsprechen, möglichst vielen, die vom Schicksal ohnehin hart getroffen wurden, die Chance einer adäquaten Beschäftigung zu geben.

Wir werden für dieses Engagement auch immer wieder, so auch heuer, vom Bundessozialamt für Oberösterreich gewürdigt. Das freut uns natürlich und das sollte durchaus auch öffentlich einmal gesagt werden.

Eine weitere positive Mitteilung, im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, kann gemacht werden. Dieses Mal nicht Industrie oder Gewerbe betreffend sondern den Handel, der oftmals auch klagt und diese Klagen auch öffentlich berichtet werden. Wir haben hier eine positive Bestätigung der weiter wachsenden wirtschaftlichen Potenz in diesem Bereich als Wirtschaftsstandort, durch eine Studie erhalten, die durch die Wirtschaftskammer Oberösterreich beim Institut für Handelsforschung in Auftrag gegeben wurde. In dieser Kaufkraftstromanalyse zeigt sich, daß hier das Kaufkraftpotential in der Stadt weiter gewachsen ist. Die in Steyr wohnende Bevölkerung gibt hier also 2,451 Milliarden Schilling aus, was gegenüber der gleichen Untersuchung vor 5 Jahren eine neuerliche Steigerung um 230 Millionen bedeutet.

Wir sind aber auch als Einkaufsstadt für die Umlandgemeinden sehr attraktiv, weil noch einmal 1,1 Milliarden Schilling aus den Umlandgemeinden in die Stadt fließen. Es kommt also hier zu einem verhältnismäßig geringen Kaufkraftabfluß, nämlich im Ausmaß von 395,7 Millionen. Es gibt da eine Untersuchung wo die Deckungsquote festgestellt werden kann. D.h., bei uns beträgt diese Deckungsquote 133,4 %. Da zeigt sich also, daß hier ein ausgesprochener Plussaldo festzustellen ist. Ich glaube, daß das eine klare Bestätigung für die Attraktivität der Stadt auch als Einkaufsstadt ist, aber kein Grund sein darf, sich nicht weiter zu bemühen, was wir auch tun. Hier gibt es also einen, und daneben noch mehrere andere Arbeitskreise, die sich mit dieser Materie beschäftigen. Ich meine hier das Lenkungsteam für Stadtmarketing, das wir installiert haben. Es gibt hier am Stadtplatz Kaufleute und weitere Arbeitskreise, die sich mit der Materie beschäftigen. Wir wollen diese Bestrebungen hier auch unterstützen, auch finanziell. Diese Debatte die wir geführt haben, im Hinblick auf Citymanagement, fließt letzten Endes. Der Ausfluß dieser Debatte wird auch sein, daß wir diesen Leuten, die sich um die Attraktivierung bemühen, noch bessere Hilfsmittel zur Hand geben wollen.

Zur Arbeitsmarktlage ist zu berichten, daß im Oktober die Arbeitslosenquote exakt 6 % betragen hat. Das ist um 0,1 Prozent weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. In Zahlen heißt das 2.479 Arbeitslose. Nach wie vor zuviel für unseren Geschmack. Es sind allerdings doch etwas weniger, um 35 Personen, als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Offene Stellen gibt es 326, das sind um 68 Stellen mehr als ein Jahr zuvor. Also, wir sind nach wie vor leicht im positiven Trend und hoffen, daß wir das auch in Zukunft beibehalten können.

Unter Punkt 4) möchte ich sie um Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates, die mit den Unterlagen zugegangen sind, bitten.

Zur Behandlung unserer heutigen Verhandlungsgegenstände möchte ich den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dank. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der erste Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, betrifft den Nachtragsvoranschlag 1998, der den Stadtsenat bereits passiert hat und der nunmehr zur Beschlußfassung im Gemeinderat vorliegt. Insgesamt kann berichtet werden, daß sich im Budgetvollzug keine besonderen Überraschungen ergeben haben, was insgesamt bedeutet, daß die Präliminierung, sowohl was die Einnahmen- als auch Ausgabenansätze betrifft, sehr präzise gewesen ist. Nur ganz wenige Abweichungen können festgestellt werden. Wir haben es mit einem Überschuß zu tun. Mit Überschüssen tut man sich bedeutend leichter, wie sie wissen, als mit der Verteilung von Verlusten. Es ist also angenehm auch darüber zu berichten. Wir haben einen Überschuß von insgesamt 18,2 Millionen Schilling. Wir haben diese Entwicklung, auf der einen Seite durch eine sparsame Ausgabenpolitik, andererseits auch durch entsprechende Finanzmaßnahmen, die positiv zu Buche schlagen, aber natürlich auch bei unseren eigenen Dispositionen im Haus, am Personalsektor und in ähnlichen Bereichen erreicht. Es kann mit diesem Ergebnis eine entsprechende Aufstockung der Rücklagen auf 114 Millionen stattfinden gegenüber Budgeterstellung, wo wir noch mit 84 Millionen Rücklagen zu Jahresende präliminiert haben, ist es doch eine deutliche Verbesserung. Wir können hier auch feststellen, daß wir mehr an Schulden zurückzahlen konnten als geplant war. Wir sind nach vielen Jahren das erste Mal wieder mit unserem Schuldenstand unter die 700 Millionen-Schilling-Grenze gerückt, sodaß hier mit 695,9 Millionen Schilling, zum Zeitpunkt Nachtragsvoranschlag, dieser Stand erreicht wurde. Wir glauben, daß wir einen erfolgreichen Budgetkurs gefahren sind und, daß sich die Bemühungen ausgezahlt haben. Mehr Rücklagen weniger Schulden, bedeutet gleichzeitig auch etwas mehr Spielraum, der allerdings gleich wieder, und das ist leider das fatale an solchen Entwicklungen, auch im gegenseitigen Beziehungsgeflecht der Finanzdisposition der Gebietskörperschaften ausgenützt wird. So hat sich durch diese Entwicklung, die wir konsequent in den letzten drei Jahren gegangen sind, die Kaufkraft der Stadt, die Wirtschafts- und Finanzkraft der Stadt, doch wesentlich verbessert, was natürlich vom Land mit Freude zur Kenntnis genommen wird, aber auch die Konsequenz mit sich bringt, denen, die mehr Kaufkraft haben, auch größere Lasten aufzuerlegen. D.h., daß man bei uns die wachsende Kaufkraft dazu benützt hat, um im Bereich der Transferzahlungen an das Land, uns höhere Transferzahlungen für das nächste Budgetjahr vorzuschreiben. Ich habe gestern in der Zeitung einen bemerkenswerten Spruch des Herrn Landesfinanzreferenten Dr. Christoph Leitl gelesen, der das allerdings in Richtung Bundesbudget gesagt und gemeint hat. Er hat gesagt: „Die Tüchtigen sollen nicht die Dummen werden“. Der Spruch gefällt mir. Das trifft natürlich gleichermaßen vom Land zum Bund zu, wie auch natürlich auf die Gemeinden. Wir können aufgrund dieses heutigen Nachtragsvoranschlages und des zu erwartenden Rechnungsabschlusses, bei dem wir uns sogar noch Verbesserungen erwarten, durchaus sagen, daß wir bei unserer Budgeterstellung, bei unserem Budgetvollzug, tüchtig waren. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Konsolidierung unserer Stadtfinanzen. Das sollte uns eigentlich nicht auf den Kopf fallen, weil wir so viele wichtige Projekte haben, über die wir uns eigentlich alle einig sind, auch in dem Umstand, daß wir die am liebsten sehr schnell, wenn es geht schon morgen, beginnen möchten. Durch jede solche Steigerung der eingeforderten Transferzahlungen an das Land, gleich eine Steigerung um 20 Millionen Schilling im Bereich Gesundheit und Soziales, wird in Wirklichkeit aber unser Spielraum wieder reduziert. Um so einen Betrag könnte man einen 3-gruppigen Kindergarten oder andere ähnliche Leistungen errichten. Ich will das nur, auch anhand dieser Möglichkeiten die dadurch wieder verloren gehen, bildlich zum Ausdruck bringen. Wir werden aufgrund dieser Entwicklung, die nicht nur die Stadt Steyr betrifft, die Stadt Steyr halt im Besonderen, weil bei uns die Steigerung am größten, durch die Erholungen am finanziellen Sektor, ist aber auch die anderen Städte Linz und Wels, andere Kommunen, natürlich gleichermaßen in Oberösterreich, haben das zum Anlaß genommen, um uns hier doch deutlich als Städtebund OÖ zu Wort zu melden und haben das auch schon getan. Wir möchten nämlich, daß wir hier nicht „Gott ergeben“ einfach ein Schreiben akzeptieren müssen, wieviel wir im nächsten Jahr zu zahlen haben, ohne daß darüber auch nur geredet, geschweige denn verhandelt, wird. Da ist ja auf Bundesebene, im Zusammenhang mit der Notwendigkeit die Maastrichtkriterien einzuhalten, ein Konsultationsmechanismus

beschlossen, zumindest ausverhandelt worden, der den Inhalt hat, daß zwischen dem Bund und den Ländern das Einvernehmen, bei finanzwirksamen Beschlüssen, hergestellt werden muß. Diese Verhandlung, die natürlich auch in der engen Wechselbeziehung zum Finanzausgleich gesehen werden muß, wird momentan versucht zu realisieren. Das geht auch nicht ganz einfach. Soweit ich informiert bin, haben bereits sieben Bundesländer die entsprechenden Beschlüsse in ihren Landtagen getroffen. Erst dann, wenn alle Bundesländer das beschlossen haben, kann der Nationalrat das beschließen. Wir wollen aber, das ist auch Gegenstand dieser Verhandlung, erreichen, daß auch dieser Konsultationsmechanismus zwischen den Ländern und den Gemeinden stattfindet. Wenn das nämlich nicht der Fall ist, wären wieder die kleineren Gebietskörperschaften die Leidtragenden. Wir können uns auf Dauer nicht vorstellen, daß man im Bund oder Land Beschlüsse faßt, welche die Gemeinden zu vollziehen haben und die bei den Gemeinden Kosten verursachen, ohne daß man mit uns redet. Eine ganze Reihe von solchen Beschlüssen sind in den letzten Jahren hier getroffen worden, die uns dann in der Vollziehung treffen. Entweder in Form von Personalkosten oder im Hinblick auf Förderungen die wir zu zahlen haben oder in Form von Abschöpfungen im Umlageverfahren wie das, bei den von mir angesprochenen Sozialleistungen, der Fall ist. Ich wollte das hier nur berichten, daß wir uns als Städte an den Herrn Finanzreferenten gewendet haben um die Gespräche aufzunehmen und in Zukunft hier mehr Planbarkeit, auch bei der Budgetierung, zu erreichen, im Zusammenspiel Land und Gemeinden. Ich darf ihnen nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Antrag zur Beschlußfassung des Nachtragsvoranschlages 1998 vortragen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Fin-110/98 Nachtragsvoranschlag 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 11. Dezember 1997, Fin-100/97, womit der Voranschlag 1998 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1998 wie folgt abgeändert.

Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 934.592.000,-- auf **S 993.308.000,--** die Gesamtausgaben von S 934.592.000,-- auf **S 993.308.000,--** somit ausgeglichen **S 0,--**

Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 192.409.000,-- auf **S 243.271.000,--** die Gesamtausgaben von S 192.409.000,-- auf **S 243.271.000,--** somit ausgeglichen **S 0,--**

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 11. Dezember 1997 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1998 bleiben unverändert. (Beilage)

Mein Damen und Herren, ich bitte darüber zu debattieren und einen Beschluß herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werter Herr Bürgermeister, werte Herren Vizebürgermeister, geschätzte Herren der öffentlichen Medien, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ein Nachtragsvoranschlag ist ja sozusagen ein Zwischenbericht über ein laufendes Budgetjahr. Genaue Abweichungen vom Voranschlag, dieses Mal geht es ja um den Voranschlag für dieses Jahr, nämlich 1998, wird ja erst aufgrund der Vorlage eines sogenannten Rechnungsabschlusses, der wiederum dem Gemeinderat zugeleitet wird, abzulesen sein. Ich möchte jetzt nicht näher auf das Zahlenwerk im Einzelnen eingehen sondern eine grundsätzliche Stellungnahmen zu diesem vorliegenden Nachtragsvoranschlag für die Freiheitliche GR-Fraktion abgeben. Wie aus den Unterlagen ersichtlich ist und wie auch bereits der Herr Finanzreferent, Bgm. Leithenmayr, darauf hingewiesen hat, hat es bei den Einnahmen im ordentlichen Haushalt eine Anhebung von 58,7 Millionen Schilling gegeben. Das ist eine Steigerung von 6,28 %. Die Ausgaben wurden eben um denselben Betrag ebenfalls angehoben. Aber um jetzt bei den Einnahmen zu bleiben, ist feststellbar, daß diese vor allen Dingen daraus resultieren, weil eben Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen durch Verkauf von Beteiligungen bei der Kommunalsteuer festzustellen waren. Aber auf der anderen Seite hat es auch Mindereinnahmen gegeben, um nur eine Position herauszugreifen,

das sind 7,4 Millionen Schilling bei der Mülldeponie, wobei es aber bis Jahresende vermutlich um einen wesentlich höheren Betrag gehen wird, nämlich wie wir gehört haben um 13 bis 14 Millionen Schilling. Durch Umschuldung konnte eine Verbesserung um 6,5 Millionen Schilling erreicht werden. Tatsache ist aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß der Darlehensstand, lt. Rechnungsabschluß 1997, am Beginn 1998 S 578.023.000,-- ausgemacht hat und am Ende des Jahres 1998 S 626.857.000,-- betragen wird. Eine ähnliche Entwicklung, aber im umgekehrten Sinn, ist ja auch bei den Rücklagen zu vermerken, Herr Bürgermeister. Da möchte ich schon sehr genau darauf hinweisen, daß diese Entwicklung folgendes aussagt, nämlich wie aus dem Amtsbericht erkennbar ist, unter Pkt. 3.1. Rücklagen, Rücklagen anf. Stand 1998 (lt. RA 1997) S 142.648.000,-- und Rücklagenstand per Ende 1998 S 114.728.000,--. Also, das bedingt natürlich die Entnahme von 39,6 Millionen Schilling in etwa, daß dieser Rücklagenstand entsprechend sinkt. Nachdem aber, meine Damen und Herren, in diesem Nachtragsvoranschlag einige oder mehrere Beschlüsse von den Freiheitlichen mitvollzogen wurden, also sozusagen in diesem Zahlenwerk auch positive Aspekte zu sehen sind, wir uns aber bekanntlicherweise bei der Erstellung des Voranschlages dagegen ausgesprochen haben, aus bekannten Gründen, ich glaube, ich brauche da jetzt nicht näher einzugehen. Kollege Tatzreiter hat einmal in einer Zwischenbemerkung bei einer der letzten Sitzungen gemeint, na ja, der Eichhübl bereut es ja schon, daß er nicht die Zustimmung gegeben hat. Dem ist nicht so. Ich könnte eine Reihe von Begründungen anführen die uns doch Recht gegeben haben. Wir werden uns der Stimme enthalten. Der Kollege Kupfer hat gemeint, ich soll nur weiter sprechen. Ich habe tatsächlich noch einen Hinweis bevor ich das Rednerpult wieder verlasse. Der außerordentliche Haushalt wurde von mir gar nicht angesprochen. Auch da ist ja eine Veränderung um 50,9 Millionen Schilling, einerseits auf der Ausgabenseite, andererseits auf der Einnahmenseite, und diese resultieren ja hauptsächlich aus Verschiebungen der Vorhaben, wobei man natürlich auch, Kollege Kupfer, die einzelnen Positionen hier herausnehmen und stundenlang darüber referieren könnte, was die Ursachen waren und ob es sinnvoll war oder nicht entsprechende Veränderungen herbeizuführen. Der außerordentliche Haushalt, und da werde ich mich dem Schluß zuwenden, resultiert ja bei den Mehreinnahmen, und das möchte ich schon noch sehr deutlich sagen, durch Darlehensaufnahmenübertragung aus dem Vorjahr, habe ich auch erkannt, 60 Millionen Schilling, aber immerhin durch eine Anhebung, um insgesamt 39,5 Millionen Schilling aus Rücklagenentnahmen in der Größenordnung von 7,8 Millionen Schilling, aber auch aus Mindereinnahmen beim Verkauf von Grundstücken in der Größenordnung von 4 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren, das war ein grober Überblick über diesen Nachtragsvoranschlag. Das Weitere werden sie von mir oder meiner Fraktion noch hören, wenn der Rechnungsabschluß vorliegt. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Mag. Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Manchmal ist es so, daß ich mir hier herinnen wie „Alice im Wunderland“ vorkomme, nur das weiße Zauberkaninchen fehlt mir noch. Heute komme ich mir zweifach vor wie „Alice im Wunderland“. Der eine Punkt ist, mein Kollege Eichhübl hat das schon ein bißchen vorweg genommen, er hat es trockener formuliert als ich diesen Einstieg mache, aber ich kann ihm da nur Recht geben. Ganz so positiv, wie uns der Herr Finanzreferent die Entwicklung zeigen will, ist sie nicht. Angeführt wurde ja bereits, daß die Mehreinnahmen und zugleich Mehrausgaben sehr stark vom Voranschlag abweichen. Im ordentlichen Haushalt ein Plus von 6,28 %, im außerordentlichen Haushalt ein Plus von 21 %. Es stellt sich für mich auch die Frage, etwas sehr überspitzt formuliert, sollten wir in Zukunft vielleicht gleich einen Nachtragsvoranschlag beschließen und keinen Voranschlag mehr, wenn derart große Abweichungen vorhanden sind.

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Wenn auf die verbesserte Einnahmensituation hingewiesen wird, so ist eben der Fall, gerade im außerordentlichen Haushalt, daß diese Mehreinnahmen auf den ersten Blick ja sehr gut aussehen, weil Einnahmen klingt immer gut, nur wenn man sich dann ansieht, daß im außerordentlichen Haushalt die Einnahmen primär aus Darlehensaufnahmen in der Höhe von 39,5 Millionen, Rücklagenentnahmen in der Höhe von 7,8 Millionen usw. resultieren, dann schaut das nicht mehr so positiv aus. Für mich ist da einfach eine kleine Diskrepanz da. Ich lese und höre immer, wie toll sich unser Budget entwickelt, nach jedem Quartal auch wieder und alles ist so schön. Dann frage ich mich, warum wir überhaupt im nächsten Voranschlag geplant haben, sehr starke Gebührenerhöhungen und sonstige Tarifierhöhungen vorzunehmen, wenn sich ja ohnedies alles so positiv entwickelt. Aber das wird ein Thema der Budgetsitzung sein und nicht der heutigen Sitzung. Das war der eine Punkt, warum ich mir oft wie Alice im Wunderland vorkomme.

Der zweite Punkt warum ich mir heute so vorkomme ist, daß mir dieser Nachtragsvoranschlag ein Problem bereitet hat. Und zwar jenes, daß er schlichtweg nicht stimmt. Es ist so, daß es wenige Sternstunden gibt, die man

als kleinste Fraktion hat. Man muß sich ja oft ein bißchen den Vorwurf gefallen lassen, es ist ja nur die 1-Personen-Fraktion oder die 1-Frau-Fraktion und was will denn die schon machen. Na ja gut, sie kommt immerhin auf manche Fehler drauf. Sie hat das in der Vergangenheit auch öfters bewiesen. Ob es das eine Mal war, daß im Amtsbericht zu lesen war, daß wir die Körperschaftssteuer für Lehrlinge vergüten, natürlich war es nicht die Körperschaftssteuer sondern die Kommunalsteuer, oder ob es in der letzten GR-Sitzung war, wo wir doch allesamt ein Darlehen in Höhe von S 50.000,-- beschlossen hätten, dann hat sich herausgestellt, daß wir das gar nicht brauchen, weil wir halt allesamt den Unterschied zwischen Brutto und Netto nicht erkannt haben. Das sind dann immer die Punkte wo ich mir denke, gut, es hat zumindest einen Sinn. Wenn sie jetzt zu diesem Nachtragsvoranschlag gehen, ich würde es nicht lächerlich finden, weil auch ihnen hätte es auffallen müssen, daß auf Seite 17 etwas steht, was nicht möglich ist. Darf ich sie bitten die Seite 17 in diesem Nachtragsvoranschlag aufzuschlagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gut Frau Lehrerin.

Gelächter

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Schauen sie, man kann es ihnen nicht Recht machen. Die kurze Zeit, das eine Jahr wo ich noch nicht berufstätig war, habe ich mir oft sagen lassen müssen, Frau Frech, sie als Hausfrau müßten ja wissen. Jetzt bin ich wieder berufstätig, muß ich mir gefallen oder vorhalten lassen, daß ich den Lehrberuf ausübe. Aber gut. Auf Seite 17 sehen sie unter kommunale Dienstleistungen in der Voranschlagsstelle 1/8000200 die 6. Zeile, Vertragsbedienstete Schema IV. Dann haben sie im Voranschlag für 1998 S 456.000,-- stehen. Dann haben sie im Nachtrag minus 1 Million. Sie können nicht mehr einsparen, als tatsächlich im Voranschlag steht. Das ist schlichtweg nicht möglich. Deswegen kann es auch kein Gesamtminus von S 544.000,-- geben. Das größte was da stehen könnte ist eine Null, indem wir nämlich für diesen Posten überhaupt nichts gebraucht hätten. Da denke ich mir schon, auf der einen Seite wäre es eine Angelegenheit von uns allen sich solche Sachen durchzusehen, auf der anderen Seite, glaube ich, sollte man auch im Zeitalter des Computers nicht darauf vergessen, daß man einfach auch solche Dinge auf ihre rechnerische Richtigkeit überprüft. Alleine das wäre schon ein Grund diesem Nachtragsvoranschlag nicht zuzustimmen. Ich werde es so wie beim Budget halten. Nachdem sich das Liberale Forum beim Voranschlag 1998 der Stimme enthalten hat, werde ich mich auch bei diesem Nachtragsvoranschlag enthalten. Ich finde das nicht so lächerlich, weil das ist immerhin ein Unterschied von einer halben Million Schilling und wir streiten in den Ausschüssen oft um ein paar tausend Schilling herum. Aber eine halbe Million, die fällt dann kaum jemanden auf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Herr Finanzreferent bitte das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Ich bestreite überhaupt nicht, daß natürlich immer wieder Fehler vorkommen. Wenn sie sich das Budgetbuch mit den x-tausend Positionen ansehen, dann kann schon das eine oder andere passieren. Es ist auch so, daß in Amtsberichten immer wieder einmal mißverständliche Ausdrucksweisen stattfinden. Wir sind alle nur Menschen und mit dem müssen wir leben. Wir sind auch dankbar, wenn uns jemand darauf aufmerksam macht. Ich habe gerade mit dem Kollegen Lemmerer gesprochen um was es sich wohl dabei handeln könnte, was sie da wieder aufgefunden haben und er hat gesagt, daß es eine Frage des Sammelnachweises ist und das Computerprogramm hat das am falschen Platz verbucht. Das ist ja eine EDV-Angelegenheit und wegen dem ist ja natürlich das nicht so, daß die Beträge nicht insgesamt im Zahlenwerk drinnen sind. Nur wie sie richtig erkannt haben, an der falschen Stelle. Ich weiß es nicht, warum sie sich, das trifft übrigens auch ein bißchen auf den Kollegen Eichhübl zu, eigentlich nicht freuen wenn sich die Budgetsituation, die Finanzsituation der Stadt verbessert. Daß das feststellbar ist, glaube ich, ist doch für jeden klar. Es wird ja nichts versteckt. Wir machen eine konsultierte Aufstellung all unserer Darlehen und Schulden. Es ist nichts irgendwo ausgelagert. Wir sind hier klar durchschaubar und ich lege auch Wert darauf, daß das so ist. Wenn sie jetzt von Aufstockungen, Erhöhungen reden und das besonders im außerordentlichen Haushalt feststellen, dann muß ich doch darauf hinweisen, daß eine ganze Reihe, fast alle Großprojekte, sich über einen längeren Zeitraum hinziehen und daß nicht am 31. Dezember eines Jahres die Projekte abgeschlossen und abgerechnet werden. Genau aus diesen Gründen machen wir alle Jahre wieder, im Februar oder im März, Übertragungsbeschlüsse und die beschäftigen sich halt mit Größenordnungen von 40 bis 50 Millionen Schilling, wo wir die budgetierten Ansätze, bei Projekten die über mehrere Jahre laufen bis sie abgerechnet werden können, eben übertragen können. Daher muß man also sehr genau hinsehen, wenn man schon kritisiert, und muß hier die Zahlen, die vergleichbaren Zahlen, miteinander vergleichen. Das tun wir nämlich. Der liebe Freund Eichhübl hat ja auch wieder, wie das so seine Art ist, einige irreführende Vergleiche angeführt. Ein bißchen etwas vom Rechnungsabschluß, ein bißchen etwas vom

Nachtragsvoranschlag und ein bißchen etwas vom Budgetentwurf. Da soll sich dann noch einer auskennen. So geht das nicht. Wir müssen schon vergleichen: Budgets mit Budgets, wir müssen Nachtragsvoranschläge, von mir aus, obwohl es Momentaufnahmen sind die sich im Laufe des Jahres ergeben. Das kann in jedem Jahr unterschiedlich sein. Ich war auch schon in anderen Gemeinden tätig, da war das üblich, daß wir mindestens zwei Nachtragsvoranschläge gemacht haben. So etwas muß man eigentlich tun, besonders dann, wenn es, wie man sagt, eng zusammengeht, dann muß man natürlich einen Nachtragsvoranschlag machen, wenn sich ankündigt, daß uns die Brücke hineinfällt oder irgendetwas ist. Dann muß man eigentlich Projekte zurückstellen und andere ins Budget hineinschreiben. Das ist in Wirklichkeit der Nachtragsvoranschlag zu dieser Zeit. Wir stellen nur fest, daß sich eindeutig im Nachtragsvoranschlag Verbesserungen ergeben und zwar in einem erheblichen Ausmaß gegenüber dem Budgetansatz. Das habe ich da berichtet und, daß wir erwarten, daß der Rechnungsabschluß noch besser sein wird als der Nachtragsvoranschlag. Darüber freut sich der ehrliche Gemeinderat, ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... weil es der Gemeinde besser geht. Nicht wahr. Aber ich stelle fest, daß es einige Gemeinderäte gibt, die sich nicht freuen, wenn es gut geht. Die müssen es sich dann selbst überlegen. Ich sage euch eines, ihr werdet noch lange keine Freude haben, weil wir werden uns sehr bemühen, daß wir die Finanzen in Ordnung halten. Aber es gibt einen anderen Grund auch noch, warum wir das tun müssen. Wenn wir die großen Brocken, die wir uns vorgenommen haben, in der Mittelfristplanung und im Stadtentwicklungskonzept festgeschrieben haben, wirklich realisieren wollen, dann müssen wir eigentlich sehr darauf schauen, daß wir uns nicht überheben. Wir können auch nicht ununterbrochen neue Ideen zuhauf realisieren, wenn wir uns nicht gleichzeitig von den großen Vorhaben verabschieden wollen oder sie jedenfalls sehr lange hinausschieben. Auf das kommt es, meines Erachtens, doch an. Also, Übertragungsbeschlüsse die der Gemeinderat hier gefaßt hat, sind natürlich miteinzurechnen und auch durch diese Übertragungsbeschlüsse kommt es in Wirklichkeit zu diesen deutlich höheren Beträgen gegenüber dem Budget. Eines muß man noch sagen, es ist ja auch in dem Bericht vor der Sitzung von mir zum Ausdruck gebracht worden, all unsere Bemühungen leisten Beiträge aber letzten Endes hängen wir natürlich schon von der wirtschaftlichen Entwicklung stark ab und diese läuft in den letzten Jahren verhältnismäßig gut. Die Prognosen sind nicht schlecht. Auch im Detail kann man erkennen, daß sich die Betriebe gut entwickeln. Es ist halt einmal erfreulich, wenn solche Unternehmen wie BMW Mittelfristplanungen haben, wo sie deutliche Produktionssteigerungen ins Auge fassen, es ist einmal erfreulich, wenn der Aufsichtsratsvorsitzende vom SNF sagt, nächstes Jahr wird es vom Band 17.000 statt 9.000 Lkws geben und 25.000 statt 17.000 Fahrerhäuser in diesem Jahr. Da sprechen wir fast von einer Verdoppelung der Produktion. Das wird natürlich passieren und schon im nächsten Jahr. Das ist dann natürlich auch eine Chance, daß auch mehr Beschäftigung sein wird. Das ist auch eine Chance, daß sich die Einnahmen der Stadt in diesem Bereich positiv entwickeln werden. Es gibt noch eine ganze Reihe von Indizien, in einzelnen Betrieben sehr konkret festzumachen, die uns hoffnungsfroh in die Zukunft schauen lassen können. Gott sei Dank ist das so. Es war ja auch schon anders. Jetzt haben wir eine gute Binnenkonjunktur und können uns auch einiges wieder zutrauen. Das wollte ich zum Schluß noch sagen. Übrigens: Ganz herzlichen Dank unserer Finanzabteilung für die mühevolle Arbeit bei der Verarbeitung all dieser Zahlen, dieses lebendigen Werkes, das sich halt dann in Zahlen und in diesem Zahlenwerk niederschlägt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 9 FPÖ und 1 LIF. Danke. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft, hier auch nicht zu meiner Freude, das habe ich zu erörtern vergessen, die Frage Gebührenregulierungen, Erhöhungen usw. welche die Frau Kollegin Frech angesprochen hat, nämlich die Kanalbenützungsgebühr der Stadt Steyr soll erhöht werden. Ich darf vorausschicken, daß hier, gerade was das Wasser und den Kanal anbelangt, und das Land OÖ entsprechende Erlässe unterbreitet hat, in welcher Weise hier die Kanalbenützungsgebühren mindestens festgelegt werden sollen. Dieses trifft nicht nur auf die Stadt Steyr zu sondern für 445 oberösterreichische Gemeinden und ist abgeleitet davon, welche Kosten sich halt auch in diesem Bereich ergeben.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

GemKan-26/98 Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr; Neufassung der
Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten vom 29. Oktober 1998 wird die in der Anlage beigeschlossene Neufassung der Kanalbenutzungsgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt. Gleichzeitig wird die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 29. 3. 1976, Zl. Gem XIII - 1506/76 i.d.F.d.N. Gem KAN - 102/94 vom 7. 7. 1994 aufgehoben.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 1999 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.G.F., durch Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Steyr zu erfolgen.

Im Amtsbericht sind sehr konkret die Erhöhungen festgelegt. Das geht also bis in das Jahr 2004. Es kommt dadurch natürlich zu entsprechenden Erhöhungen, die nicht gerade angenehm sind. Das ist auch meine Auffassung. Wir haben aber sicher keine Möglichkeit zu meinen, wir können als Stadt Steyr einen Ausreißer spielen. Wir haben in diesem Zusammenhang allerdings eine Feststellung zu treffen, daß wir eine Kanalanschlußdichte von rund 98 % erreicht haben, was ich als äußerst positiv empfinde. In Österreich, meine Damen und Herren, ist die durchschnittliche Anschlußdichte etwa bei 78 %, zur Zeit. Also 20 % unter unserem Standard. Es ist hier beabsichtigt die Mittel des Wasserwirtschaftsfonds und die Förderungen der Länder darauf auszurichten, daß im Jahre 2010 eine 90%ige Anschlußdichte erreicht wird. Wir stehen zur Zeit auf der Ebene 98 %. Wir werden allerdings, und das ist die andere Seite der Medaille, trotzdem gezwungen sein, weil eben in Städten der Kanalbau eine lange Geschichte hat, alte Kanäle zu reparieren und werden auch dafür noch immer beträchtliche Mittel aufwenden müssen. Ich glaube, daß ungefähr 1 % unserer Haushalte in der Stadt sich in solchen Streulagen befinden, daß ein Anschluß an das Kanalsystem wirtschaftlich nicht sinnvoll erscheint. Hier haben wir aber schon in internen Gesprächen überlegt und ich habe vorgeschlagen, daß man diesen Kreis von Haushalten, wo es nicht sinnvoll erscheint sie anzuschließen, in einer anderen Weise entgegenkommen sollte, nämlich insofern, daß man diesen Haushalten ein Angebot unterbreitet, daß wir ihnen zwar eine fiktive Anschlußgebühr vorschreiben, daß wir ihnen ein Angebot machen, die Abwasserentsorgung mit Hilfe des Reinhaltverbandes etwa kostengleich zu machen, als wären sie am Kanal angeschlossen. Ich glaube, daß das auch für die Stadt die wirtschaftlich sinnvollste Vorgangsweise ist und man auch diese Streusiedler, glaube ich, in einer fairen Weise und zu ihrer Befriedigung bedienen kann. Das wollte ich eigentlich noch zu diesen Gebührenerhöhungsnotwendigkeiten hinzugefügt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Erste Wortmeldung hat Herr Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vizebürgermeisterin, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Stadt- und Gemeinderates, sehr verehrte Gäste. Wir stehen nun in der ersten Runde der massiven Gebührenbelastungen und -erhöhungen für die Bürger ab 1.1.1999. Wenn man sich die Zahlen ansieht, dann beschließen wir heute nicht nur eine Erhöhung ab dem nächsten Jahr sondern auch weitere Erhöhungen bis zum Jahr 2004. Wir haben dann am 1.1.2004 einen m3-Preis von S 35,- erreicht. Wir sind am 1.1.1994 von einem m3-Preis von S 18,- ausgegangen. Durch diese Steigerung haben wir exakt innerhalb von 10 Jahren eine Verdoppelung der Kanalbenutzungsgebühr erreicht. Es ist uns gelungen, hier eine Verdoppelung umzusetzen. Das muß man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen und auch dem Bürger erklären. Der Herr Bürgermeister Leithenmayr meint, es ist nicht gerade angenehm, so wörtlich, aber wir haben keine Möglichkeiten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es muß sein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es muß nicht sein. Das einzige was wirklich sein muß ist, daß wir einmal sterben müssen. Es steht hier sogar im Amtsbericht. Der Schreiber des Amtsberichtes ist sich nicht ganz sicher, er schreibt im Konjunktiv. Ich darf es vorlesen. „Um dem Auftrag der Landesregierung zu entsprechen und die Höhe der Förderungsmittel nicht zu gefährden, wäre daher die Kanalbenutzungsgebührenordnung der Stadt Steyr an die Bestimmungen des o.a. Landeserlasses anzupassen.“ Es gibt 445 Gemeinden in OÖ, wo sie gesagt haben, daß sie sich daran halten. Ich halte dagegen. Ich zitiere nur zwei Gemeinden, zwei unterschiedliche Gemeinden, die sich nicht daran gehalten haben und sich nicht daran halten werden, diese Gebühren anzupassen und trotzdem die Förderung nicht verlieren. Das eine ist eine sehr reiche Gemeinde, das ist die Stadt Leonding und das andere ist eine kleinere Gemeinde, das ist Steinhaus bei Wels. Ich nehme nicht an, daß gerade dort der freiheitliche Bürgermeister so eine wahnsinnig gute Beziehung zu den schwarzen Landesbrüdern hat, daß die ihm, trotzdem er nicht den hohen Tarif hat, die Förderungen nach Steinhaus nachtragen. Also, das Argument ist hier sicherlich nicht richtig. Was mich aber bei diesem Antrag oder bei der ganzen öffentlichen Diskussion über die Erhöhungen rundherum etwas stört ist, daß wir uns ausgemacht haben, daß wir über Gebührenerhöhungen, bis zum heutigen Tage bzw. bis zum Stadtsenat wo es beschlossen wird, nicht in der Öffentlichkeit diskutieren. Wir haben das kaum ausgesprochen, ist das teilweise in den Medien erschienen, teilweise richtig, teilweise falsch. Ich weiß nicht, wer es z. B. in die OÖ Nachrichten

hineingegeben hat, daß im Stadtsenat diesbezüglich ein einstimmiger Beschluß gefaßt worden wäre. Ich weiß nicht woher diese Information kommt. Das ist nicht richtig. Das darf ich soweit sagen, ohne ein Gesetz zu verletzen. Wir haben uns damals im Stadtsenat der Stimme enthalten und nach Fraktionsbesprechungen werden wir hier mehrheitlich dagegen stimmen, gegen diese massiven Gebührenerhöhungen die auch nicht gerechtfertigt sind. Es gibt hier keine Kalkulation und Kanalbauten sind nachweislich in den letzten Jahren drastisch billiger geworden. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber die Instandhaltung müssen wir halt auch durchführen.

Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich darf die Ausführungen des Herrn Vzbgm. Pfeil vielleicht noch mit ein paar Argumenten, warum wir diesen Antrag ablehnen werden, ergänzen. Nicht nur, daß im Jahr 1994 massive Erhöhung auf diesem Gebiet, nämlich der Kanalbenützungs- und Anschlußgebühren, heute setzen wir nur die Kanalbenützungsgebühren fest, bereits erfolgt sind. Es ist nicht unsere Politik pausenlos auf der Einnahmenseite der Bevölkerung das Geld abzuknöpfen sondern wir sind der Meinung, daß man endlich einmal auch auf der Ausgabenseite zu sparen beginnen sollte. Nach den Belastungspaketen der letzten Jahre versucht man jetzt offensichtlich wieder sich auf der Einnahmenseite das Geld hereinzuholen. Das erste Mal, daß heuer wieder einmal im Zuge der Lohnerhöhungen eine echte Realloohnerhöhung drinnen gewesen wäre. Ich sage bewußt wäre, weil wenn diese Belastungswellen in diesem Ausmaß weiter gehen, heute sind es die Kanalbenützungsgebühren, nächste Woche habe ich gesehen, sind schon die Müllgebühren dran, die Kindergartentarife sind wieder im Gespräch usw., wird letzten Endes für die Bevölkerung unter dem Strich wiederum nur ein Minus herauskommen. Auch die Lohnsteuerreform, wenn man den Medien der letzten Tage glauben darf, die Steuerreformkommission geht ja wieder in diese Richtung, daß man zwar vor der Nationalratswahl schnell ein paar Zuckerl verteilen wird oder möchte und unterm Strich eigentlich nur ein Minus herauskommen kann. Das ist nicht unsere Politik. Ich glaube, man sollte endlich einmal auf der Ausgabenseite zu sparen beginnen. Es gibt auch auf Kommunalebene genug Einsparungspotential, nach wie vor. Der Herr Bürgermeister hat ja selbst heute beim Nachtragsvoranschlag auf ein paar erfreuliche Details, wo gespart werden konnte, hingewiesen. Aber nur auf der Einnahmenseite, noch dazu in einem derartigen Ausmaß, ständig die Bevölkerung zur Kasse zu bitten ist für uns nicht nur unverständlich sondern wir lehnen das auch ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Herr Bürgermeister, ich unterstelle keinem Referenten, daß er hier mit Freude heraustritt und ans Rednerpult geht um Erhöhungsanträge auf tariflicher Ebene einzubringen. Das Recht werde ich auch für mich in Anspruch nehmen, wenn ich dann im Verlauf der Sitzung ebenfalls einen Antrag, nämlich was die Wasserbezugsgebühr betrifft, einzubringen habe. Ich unterstelle auch ihnen nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, daß sie derartigen Erhöhungsanträgen mit Freude die Zustimmung geben. Trotzdem werden wir aber nicht umhinkommen, aufgrund von Indexanhebungen, aufgrund von fundierten rechnerischen Grundlagen und Kalkulationen dort und da Tarife und Gebühren anheben zu müssen. Man sollte es sich aber nicht so leicht machen wie im gegenständlichen Fall, nämlich bei der Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr und einfach zur Kenntnis nehmen, und das zum wiederholten Mal, daß vonseiten der Landesregierung Tarife vorgeschrieben, hochgerechnet werden, sogar bis ins Jahr 2004, und man diese Gebühren der Bevölkerung weitergeben muß, so sagt der Herr Bürgermeister, weil sonst die Gefahr besteht, daß wir für unsere Kanalbauvorhaben weniger Förderungsmittel erhalten werden. Gerade in Zeiten wie diesen, meines sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, und meine Vorredner haben ja deutlich darauf hingewiesen, wo auf die Bevölkerung von allen Seiten, auf allen Ebenen, ständig Teuerungen, sei es auf tariflicher Ebene, auf Ebene der steuerlichen Belastungen, durch allgemeine Verteuerungen, wie eine Lawine hereinprasseln, sollten wir doch die Verpflichtung haben, auch in diesem Fall sehr genau zu schauen, ob gerade in diesem Bereich derartige Erhöhungen wirklich notwendig sind. Wenn sie, aufgrund von Kalkulationen die mir fehlen, notwendig sind, dann muß man auch feststellen, ob sie in dieser Größenordnung gerechtfertigt sind. Wir glauben, das ist nicht der Fall. Ich möchte auch durch einige Zahlen hier meine Meinung und die Meinung der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, daß diese Anhebung nicht gerechtfertigt ist, untermauern. Wie schaut es denn bei der Entwicklung der Kanalbenützungsgebühr im Detail aus. Die Mindestgebühren lt. Landesvorschrift wurden zwischen 1991 und 1997 von S 13,50 auf S 24,50 angehoben, das sind 80 % meine Damen und Herren. Das ist eine Teuerungsrate die weit über dem Index in diesen Jahren liegt. Außerdem, Herr Vzbgm. Dr. Pfeil hat ja schon darauf hingewiesen, konnten in diesem Zeitraum, nämlich zwischen 1991 und 1997, die Kanalbaukosten um etwa ein Drittel gesenkt werden. Die Entwicklung in der Stadt Steyr möchte ich ihnen ebenfalls in Erinnerung rufen. Da

hat es so ausgesehen. Seit 1994, ich gehe nicht weiter zurück sondern ab 1.1.1994 hat es eine Anhebung auf S 18,- pro Kubikmeter entsorgten Wassers gegeben. Im selben Jahr, meine Damen und Herren, nämlich ab 1.07.1994, anlässlich eines Dringlichkeitsbeschlusses hier im Gemeinderat wurden diese Gebühren auf S 20,- pro Kubikmeter entsorgten Wassers angehoben und ab 1.1.1995 auf S 21,50, ab 1.1.1996 auf S 23,- und ab 1.1.1997 auf S 24,50 pro Kubikmeter entsorgten Wassers. Nunmehr soll lt. vorliegenden Antrag die Gebühr ab 1.1.1999 auf S 27,50 hinaufgehen und ab dem 1.1.2004, aufgrund dieser Hochrechnung die mir wirklich unverständlich ist, auf S 35,- pro Kubikmeter entsorgten Wassers. Das ist konkret eine Anhebung um 94,4 % und das ist auch der Grund, meine Damen und Herren des Gemeinderates, warum wir diesem Erhöhungsantrag vonseiten der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung verweigern werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Ja, es ist zu diesem Thema schon einiges gesagt worden und ich möchte mich diesbezüglich auch nicht wiederholen. Worauf ich schon hinweisen möchte, weil es sehr oft gefallen ist, ist, daß der Tarif ab 1.1.1999 S 27,50 pro Kubikmeter betragen wird und sich ins Jahr 2004 kontinuierlich auf S 35,- pro Kubikmeter steigern wird. Das ist aber noch nicht die ganze Wahrheit. Sie müssen zu diesem Betrag nämlich noch 10 % Umsatzsteuer rechnen, weil sämtliche Gebühren immer Netto angegeben werden. Dem Bürger interessiert aber eigentlich relativ wenig, ob er das Netto bezahlt oder nicht sondern es interessiert ihn, was er tatsächlich zu zahlen hat. Er hat damit zu zahlen, wenn diese Gebührenerhöhung durchgeht, ab 1.1.1999 nicht S 27,50 sondern S 30,25. Er hat ab 1.1.2004 nicht S 35,- pro Kubikmeter sondern S 38,50 zu bezahlen. Das ist die volle Wahrheit. Dann schaut das nämlich noch schrecklicher aus, als es ohnehin schon ist. Es ist natürlich völlig klar, daß man um Gebührenerhöhungen niemals herumkommen wird. Auch gerade, wenn man sich für Kostenwahrheit einsetzt, muß man akzeptieren, daß es Gebührenerhöhungen geben kann. Es ist aber eine Frage des Ausmaßes, eine Frage des Zeitpunktes und vor allem, es ist ja schon erwähnt worden, wenn in den nächsten Wochen noch sämtliche weitere Gebühren erhöht werden. Das Belastungspaket das damit auf die Steyrer Bürgerinnen und Bürger zukommt ist gewaltig. Dieses Problem mit der Umsatzsteuer haben wir ja nicht nur hier, sondern sie müssen dann auch, bei dem Antrag der heute noch kommt, noch 10 % jeweils dazu schlagen, das sind die Wassergebühren. Also, auch da kommen noch einmal 10 % dazu, die der Bürger zu tragen hat. Ich kann nicht umhin, ich habe zuerst schon gesagt, in die Richtung, wenn das Budget aus dem Ruder läuft, der versucht halt mit Gebührenerhöhungen gegenzusteuern. Na ja, der Bürger wird halt den Sparstrumpf leeren müssen, ob es ihm gefällt oder nicht, weil wir natürlich auch dort die Gebühren erhöhen, dumm sind wir ja auch nicht, wo sich der Bürger absolut nicht wehren kann. Jeder muß sein Wasser beziehen, jeder hat seinen Kanalananschluß, Kindergarten usw. ist etwas, was für viele einfach unumgänglich ist. Ich glaube also auch, daß man zuerst einmal schauen sollte, was alles auf der Ausgabenseite drinnen ist, bevor man derart massive, und im Paket genommen ist es eine absolut massive Gebührenerhöhung die dem Steyrer Bürger ab 1.1.1999 droht. Von da her spreche ich mich also auch gegen diese Gebührenerhöhung aus, nämlich in diesem massiven Paket, das da beschlossen werden soll. Ich bitte sie auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß es ab 1.1. eben nicht S 27,50 sondern bereits S 30,25 sind. Das macht einen Unterschied von 10 %.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe mir ein paar Punkte aufgeschrieben. Der erste Punkt wäre, in den nächsten fünf Jahren haben wir eine Erhöhung von 20 %. Es ergibt sich automatisch die Frage: „Steigen auch die Gehälter, bei den Arbeitern und Angestellten, bei den Gewerbetreibenden oder bei den Pensionisten um 20 % in den nächsten fünf Jahren?“ Ich glaube es nicht. Zeitungsberichten ist zu entnehmen, daß es zu einer Ökosteuer kommen wird und im Kurier vom 15. November ist zu lesen: „Energie, höhere Steuer auf Treibstoffe, Gas, Strom und Heizöl. Mineralölsteuer, Kfz-Steuer und Normverbrauchsabgabe werden erhöht. Einnahmen errechnet sich der neue Finanzminister auf 9 Milliarden Schilling“ Dann ist noch der interessante Absatz zu lesen, daß bei der Ökosteuer noch nicht feststeht, welche Energieträger wie hoch besteuert werden. Ein Anliegen des Finanzministers sei es aber, die Wirtschaft stärker als die Konsumenten zu treffen. Also, das ist der interessante Punkt. Der Finanzminister drückt uns eine Steuer hinauf und die Konsumenten sollen vielleicht die Gemeinden belasten. D.h., wir wären dann doppelt belastet. Vom Bund durch den Finanzminister, und die Bürger werden dann noch extra von der Kommune mit einer Gebühr belastet. Ich habe mir heute die Zeit genommen und in Wels und Linz angefragt, wie es denn dort aussieht. Es ist interessant, weil wir vorher vom Bürgermeister gehört haben, daß wir aufgrund eines Landesgesetzes hier gezwungen werden zu erhöhen. Wenn man dort anfragt wie es beim Kanal aussieht, und ich habe nur die Frage bei der SBL in Linz gestellt was der Kubikmeter Kanal

dort kostet, haben sie gesagt, dort haben sie keinen Kubikmeterpreis, es wird pro WC berechnet. S 1.270,-- pro Jahr. Der Magistrat Wels bzw. die E-Werke in Wels haben mir die Auskunft gegeben, daß es dort auch keinen Kubikmeterpreis gibt sondern pro WC S 2.850,-- pro Jahr. Also die haben ganz unterschiedliche Tarifsyste-me. Ich habe mich fast ein bißchen zurückerinnert, die Frau Vzbgm. kann sich auch noch erinnern und es ist ja in Bearbeitung bei den Kindergartentarifen, auch dort haben wir das Problem dieser verschiedenen Tarifför-men. Es wäre hier wirklich, glaube ich, Not an der Zeit, daß wir uns alle gemeinsam um einen Preis kümmern könnten und nicht verschiedenste Preissysteme haben. Als vierten Punkt muß man erwähnen: Auf der Einnahmenseite bei den Kanalbenützungsgebühren für unser Budget hier, ist ganz interessant zu bemerken, daß das der zweitgrößte Posten ist. Der erste Posten ist die Lohnsummen- und Kommunalsteuer. Ich habe das neue Budget hier. Im Voranschlag 1998 haben wir 186 Millionen bei der Lohnsummen- und Kommunalsteuer gehabt und gleich der zweite Posten, Kanalbenützung, 57 Millionen. Im Voranschlag für 1999 sind es bereits 60 Millionen. Also, die Stadt rechnet schon mit 3 Millionen an Mehreinnahmen auf der Seite der Kanalgebühr. Da kann man schon fast nicht mehr von einer Gebühr sprechen sondern schon fast von einer Kanalsteuer. Wenn man dann vom Herrn Bürgermeister hört, daß wir im Nachtragsvoranschlag einen Überschuß von 18,2 Millionen Schilling haben, dann stelle ich mir die Frage, ob es wirklich notwendig ist, in so einem Ausmaß zu erhöhen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sie StR Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir werden ja in den nächsten Wochen noch öfter die Gelegenheit haben über das Thema Tarifierung zu diskutieren. Ich glaube, man müßte in Wirklichkeit heute den, doch eher negativ bezogenen, Begriff „Tarife“ modernisieren. Man müßte ja in Wirklichkeit das Unternehmen Magistrat als Dienstleistungsunternehmen sehen. Wir haben hier zum Teil gesetzliche Aufträge. Zum Teil bringen und bieten wir aber an die Bürgerinnen und Bürger Dienstleistungen an, wo wir hier das einfach weiterverrechnen, das für uns als Stadt die Kosten bringt. Ich glaube, man kann nicht so tun als wenn wir hier etwas verlangen und dem Bürger in die Tasche greifen, wie das so gerne vom Kollegen Eichhübl zitiert wird, für etwas, wo keine Gegenleistung gebracht wird. Der Bürger nimmt unser Kanalsystem, unser Wassersystem in Anspruch. Hier haben wir auch einen gesetzlichen Auftrag das anzubieten, im breitesten Bereich, wo wir 98 % erreicht haben, wie das der Bürgermeister gesagt hat. Und nur für das, daß der Bürger die Leistungen bezieht, bezahlt er die Kosten. Ich kann auch nicht zum Mechaniker fahren, weil ich mir einmal ein Auto gekauft habe und jetzt lasse ich mir das Auto, bis ich es wieder hergebe, kostenlos reparieren. Das ist nicht der Fall. Das so darzustellen, daß wir keine Kostensteigerungen hätten, ist ja auch eine falsche Darstellung. Alles wird teurer. Du warst ja eh in der Privatwirtschaft tätig, lieber Roman. Du weißt auch die Entwicklung bei den Stundensätzen, gerade bei den Mechanikern. Die sind auch nicht unwesentlich in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Selbstverständlich gibt es dafür viele Ursachen. Auch natürlich im öffentlichen Bereich. Man kann das eigentlich ein bißchen umdrehen, wie Bgm. Leithenmayr beim ersten Tagesordnungspunkt gesagt hat, einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte können sich nicht freuen, weil wir einen Budgetüberschuß haben. Wenn das so ist, und es erweckt auch den Eindruck, dann kann man sich auch natürlich freuen, wenn man die Tarife nicht erhöht, weil dann haben wir im nächsten Jahr oder in den nächsten Jahren, dann ist es für jene, die sich nicht freuen können, bei Überschüssen, die können sich dann vielleicht freuen, wenn eine Budgetunterschreitung ist, da kann man das schon ein bißchen unterstellen, daß das hier vielleicht sogar gewünscht ist. Es wäre für die Öffentlichkeit oft ganz interessant, so manche Diskussion in den Ausschüssen mitzuverfolgen. Es ist ganz interessant, welche gegensätzlichen Haltungen hier eingenommen wurden. Ich kann mich an viele Diskussionen erinnern. Gerade aus dem Eck der Freiheitlichen, die massiv kritisiert haben, wo wir als Sozialdemokraten geglaubt haben soziale Tarife zu gestalten, damit wirklich ein Großteil der Bürger sich so manche Leistung auch leisten kann. Dort sind immer massive Vorwürfe aus eurem Eck gekommen. „Das ist unmöglich, die Tarife gehören erhöht, die Tarife gehören angepaßt.“ Heute seid ihr ein bißchen in einer anderen Position. Mit der Tarifgestaltung will man ein bißchen politisches Kleingeld machen. Wenn das die Frau Kollegin Frech macht, ist das für mich persönlich noch verständlicher als wenn das eine Fraktion macht, die mit neun Mandaten in diesem Gemeinderat sitzt und auch ressortverantwortlich ist. Also, das ist nicht unbedingt das, was sich der Bürger für die Zukunft wünschen darf. Zu dem einen Punkt auch noch, ich glaube vom Kollegen Fürweger wurde es angeschnitten, daß diese Tarifierung bis zum Jahr 2004 eine 20 %-ige Erhöhung mit sich bringt. Es ist nicht automatisch gesagt, Herr Fürweger, daß es auch für den Konsumenten oder für den Bürger eine 20 %-ige Erhöhung sein muß. Ich glaube, daß gerade in diesem Bereich, was Wasser ist, in Zukunft sorgfältiger umgegangen werden muß. Es bestehen hier seitens der Bevölkerung auch genügend Möglichkeiten mit den Ressourcen Wasser sorgfältiger umzugehen. Ich klopfe mir selbst an die Brust, wo ich mir überhaupt nichts dabei denke, wenn ich den Wasserhahn aufdrehe und das Wasser einfach laufen lasse. Es gibt hier eine ganze Reihe an Möglichkeiten Einsparungen zu machen, die sich dann bei den Tarifen, in der Geldbörse, positiv auswirken, weil nämlich hier nur das verrechnet wird, was auch tatsächlich gebraucht wird. So gesehen glaube ich, sind wir dazu da und haben auch die Verantwortung zu tragen, um unserer Aufgabe als Kommune gerecht zu werden, daß wir die Leistungen, die wir hier anbieten, die von uns verlangt werden, auch verrechnen, daß wir aber dort, wo wir

glauben Sozialtarife machen zu müssen, was gesellschaftspolitische Notwendigkeiten sind, als Kommune evt. unterstützen und Zuschüsse leisten. Wir können aber nicht alle Tarife aus der öffentlichen Hand mit Zuschüssen belegen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja Herr Bremm, das kann man natürlich nicht im Raum stehen lassen. Sie verwechseln offensichtlich wieder einmal alles.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Aber sie klären es eh auf.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Alle Parteien, alle Fraktionen. Seien sie vielleicht so nett, wenn sie solche Beispiele oder solche Behauptungen in den Raum setzen und sagen uns, wo wir für massive Gebührenerhöhungen für die Bürger in den letzten 10 Jahren eingetreten sind. Bleiben wir konkret, bleiben wir bei dieser Kanalbenutzungsgebühr. Es war in der Gemeinderatssitzung zum 1.7.1994, wo hier nachweislich drinnen gestanden ist, wer da dagegen gesprochen hat, wer Argumente gebracht hat. Seien sie so lieb, lesen sie es sich durch bevor sie sich hier so stark machen und einfach, was nicht richtig ist, vorsichtig ausgedrückt, von sich geben. Auch in dem heute zitierten Nachtragsvoranschlag, weil sie gesagt haben, diese 60 Millionen Schilling oder diese Summe, die jetzt hier eingenommen werden soll, für nächstes Jahr, das soll jetzt 1:1 an den Bürger weitergegeben werden, das ist unser Aufwand. Herr Bremm, sie können Zahlen lesen. Lesen sie es sich durch. Im heutigen aktuellen Nachtragsvoranschlag steht drinnen, was für den Kanal wirklich ausgegeben wird. Was uns bei der ganzen Geschichte abgeht ist eine Kostenwahrheit. Wenn man sagt, ja, es ist uns das wert, wir müssen uns das überlegen, das Wasser ist so ein kostbares Gut, wir müssen eine Ökosteuer daraufgeben, dann ist es auch legitim. Aber dann sprechen wir darüber. Dann diskutieren wir auch über so eine Belastung. Aber zu sagen, wir haben die Kosten von 60 Millionen Schilling und dann stehen für die Kanalinstandhaltung für das ganze Jahr S 500.000,-- drinnen, also, dann ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das sind ja doch mehr Positionen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es geht jetzt nur um die Instandhaltung.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wir müssen doch auch Kanäle bauen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

S 500.000,--. Na, Kanäle bauen Herr Kupfer. Da ist nicht mehr sehr viel her mit Kanäle bauen, also nicht in der Summe von 60 Millionen Schilling. Wir haben ja gehört, daß wir 97, 98 % Anschlußgrad haben. Also, wenn man von Kostenwahrheit spricht, dann zeigen sie mir bitte schön eine Kalkulation. Auf den Tisch damit. Zeigen sie mir eine Kalkulation wie sie auf diesen Preis kommen, dann können wir weiterreden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eines weiß ich sicher, daß mehr ins Kanalwesen hineingesteckt wird, seit vier Jahren. Da reden wir von anderen Summen. Das ist ein lächerlicher Betrag wenn man jetzt S 500.000,-- nennt, weil das stimmt nicht. Da muß man alles ansehen. Ich glaube, Kollege Bremm hat nicht vom letzten Gemeinderat gesprochen sondern von den Ausschüssen, wie dort die Stellungnahme ist. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, daß gerade bei den Ausschüssen, gerade von euren Mitgliedern, wo man dafür ist und sich dann im Gemeinderat der Stimme enthält oder dagegen ist. Um das ist es gegangen, was Kollege Bremm meinte.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Hauser. Bitte sehr.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Also eines möchte ich ganz ehrlich einmal sagen. Ich möchte auch nicht gerne Gebühren und Tarife erhöhen und trotzdem gibt es

Dinge, die für meine Begriffe notwendig sind, und vor allen Dingen, denke ich mir, daß man es rechtzeitig tun muß und dann, wenn es an der Zeit ist. Auf der einen Seite hören wir, daß die Wirtschaftsdaten recht gut sind, auf der anderen Seite erleben wir selbst, daß derzeit bei den Gehalts- und Lohnverhandlungen doch ganz kräftig Realloohnerhöhungen dabei herauskommen, wenn man auf der einen Seite weiß, daß die Gesamtjahressteigerungsrate mit 0,9 % berechnet ist und die Metaller eine Istlohnsteigerung von 2,9 % haben bzw. der Handel, wenn ich richtig informiert bin, auch

2,2 % hat. Da kann man schon einmal von Realloohnerhöhungen sprechen. Auf der anderen Seite ist es halt so, daß wir viel von Kostenwahrheiten sprechen. Ich will jetzt gar nicht viele Zahlen nennen, aber eine Kanalgebühr nach einem WC zu berechnen, wenn ich auf der anderen Seite viel mehr abwasche, Waschmaschine, duschen, all diese Dinge, ich weiß nicht, vielleicht braucht man das nicht berechnen, das bringen wir dann irgendwo hin und schütten es in die Enns, ohne Kanal. Ich verstehe das einfach nicht. Wenn man schon von Kostenwahrheit spricht, dann müßte man alles zusammenrechnen und alles tun.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Die werden sich auch etwas dabei gedacht haben.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ja, das mag schon sein, aber da ist es halt so und daher sind auch die Vergleiche für meine Begriffe immer sehr hinkend. Nur wie meine Stimmung hier herinnen jetzt ist, das muß ich schon dazu sagen, daß ich erlebe, daß es jetzt plötzlich die Retter der Bevölkerung gibt, weil wir nicht Gebühren erhöhen sollen und dürfen. Wenn es aber darum geht das Budget zu bilden und ich mir die Wunschliste ansehe was wir alle gerne zu verwirklichen hätte, aber auch nicht ein kleines bißchen darüber nachdenken, wie man dieses Budget bedecken kann bzw. wie es dazu kommt, daß es dieses Budget dann auch gibt, über das denken wir nicht nach, über das sprechen wir nicht. Wir sagen nur, daß es so ist und wir das so brauchen. Wenn ich dann höre, daß wir eh nicht mehr soviel Kanal bauen und rundherum die Kanäle ja nicht nur instandgehalten werden sondern die werden ja auch wieder neu errichtet, weil sie zu klein oder zu alt sind, weil sie zusammenbrechen. Ich selbst wohne in der Kudlichgasse, da ist vor zwei Jahren der Kanal neu durchgemacht worden. Ja, das sind keine Instandhaltungskosten, das sind Investitionskosten. So ist das ein Faktum. Da kannst du, Siegfried, auf die Uhr deuten was du willst, ich habe euch reden lassen und jetzt habt ihr mir zugehört. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die ganze Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt mir jetzt schon sehr populistisch auch vor. Wenn hier argumentiert wird, daß es auch möglich wäre die Kanalgebühren über die Anzahl der WC's einzuheben, sowohl der Kollege Pfeil als auch ich haben ein Freibad.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Das war keine Forderung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

D.h., ein Freibad zu füllen und zu entleeren soll gleich teuer sein wie eine Sozialwohnung mit einem WC. Da muß ich mich wirklich fragen, wo ist da der soziale Gedanke, der heute so oft angesprochen wurde. Wenn hingewiesen wird, daß es zwar einen Erlaß von der Landesregierung gibt, aber wir brauchen ihn eh nicht einhalten, weil es gibt zwei Fälle die sind dafür nicht bestraft worden, dann kommt mir das so vor, als wie wenn einer schnell fährt und sagt, ich fahre 180 auf der Autobahn, weil mich haben sie bis jetzt eh noch nicht erwischt und daher ist es erlaubt. D.h., so die gesetzlichen Vorgaben zu negieren, finde ich einfach auch nicht richtig. Wenn ich aus einem Nachschlagwerk, wie hier diesen Nachtragsvoranschlag, Einzelpositionen raushole und sage, der Kanal kostet uns nur S 500.000,--, dann darf ich anführen, er möchte auf Seite 30, 31 weiterschauen, wo für die Abwasserbeseitigung Kanalbau Millionenbeträge drinnen sind. Dann möchte ich auch auf einen Antrag von mir hinweisen, der heute kommt, wo es um die Sanierung eines Kanals geht. Da geht es um 163 Laufmeter. 163 Laufmeter auf eine günstige Art, mit einem Inliner, zu sanieren kostet S 600.000,--. Wir wissen genau bitte, daß wir genügend andere Kanäle hätten, daß wir sehr viele hätten, wo es notwendig wäre, die schneller zu sanieren, aber wir haben die Mittel nicht dazu. Wir haben im Budget nicht mehr Mittel. Ich möchte es natürlich und würde mich freuen, wenn wir mehr bekommen. Eine Möglichkeit, daß wir unser Kanalnetz besser und schneller instandsetzen, ist eine Gebührenerhöhung. Darum glaube ich, nicht nur weil ich auch als Referent für den Kanalbau zuständig bin sondern auch, weil es logisch richtig ist, bin ich für eine Erhöhung und wir werden dem auch zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ja, ich glaube, es gibt keine ungerechtere Verteilungsweise, als wie wenn das nach WC-Einheiten gehen

würde. Das wäre das Ungerechteste, was ich mir vorstellen könnte. Weil ein Lebensmittelgeschäft braucht laufend Wasser, hat es laufen und hat vielleicht nur zwei WC. Das wäre sozial das Ungerechteste, was ich mir vorstellen könnte.

Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse. Es ist wirklich immer wieder verwunderlich, wenn es um ein sachliches Thema geht, wie immer wieder polemisiert wird. Gerade von eurer Fraktion.

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ja, schreit nur, gackert ruhig. Das brauchen wir. Es ist wirklich verwunderlich. StR Bremm, sie erzählen, ja wenn die Kanäle in Anspruch genommen werden, müssen ja Gebühren bezahlt werden. Ja haben sie bisher nichts bezahlt, war das wirklich so wenig, was bislang bezahlt wurde? Waren in den letzten Jahren, bis 1997, nicht genug Steigerungen? Dann bringen sie in der polemischen Art und Weise auch noch den Vergleich vom Kfz Eichhübl. Dort werden die Gebühren auch angehoben, die Stundensätze werden teurer. Werden die von 1994 bis 2004 um 100 % teurer? Weil die Steigerung haben wir. Nachweislich, nicht unsere Zahlen, ihre Zahlen. 100 % Steigerung von 1994 bis 2004 und sie kommen mit dem Beispiel, die Stundensätze werden angehoben. Frau Vizebürgermeisterin, sie haben es gebracht, andere auch, wer bringt denn den Vergleich mit dem WC. Der Kollege hat damit ja ganz etwas anderes gemeint. Er sagt, die Gebühren werden dort einfach anders bemessen. Es ist doch bitte überhaupt nicht unsere Forderung, die Kanalgebühren nach dem WC zu messen. Das hat doch überhaupt keiner behauptet. Es wird wieder versucht vom Thema abzulenken, daß sie behaupten, wir verlangen, daß die Gebühren nach den WC's berechnet wird. Überhaupt nicht. Es geht hier, meine Damen und Herren, um massive Gebührenerhöhungen. Um nichts anderes, um 100 %.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, es geht nicht um 100 %. Jetzt nicht mehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir reden von einer Erhöhung im Jahr 1999.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Man muß nur ein bißchen den Überblick bewahren, Frau Vizebürgermeisterin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Den habe ich eh.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Von 1994 bis 2004 sind es 10 Jahre. Das ist ein überblickbarer Zeitraum und da geht es um 100 %. Sie sagen, Herr Bürgermeister, sie sind nicht froh über diese Erhöhungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was bin ich?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Sie haben eingangs gesagt, sie sind nicht froh über diese Gebührenerhöhung. Habe ich sie richtig verstanden? Sie sind nicht froh, heute einen Antrag stellen zu müssen, daß die Gebühren so erhöht werden müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist richtig.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Dann frage ich sie, warum erteilen wir die Zustimmung? Die Zustimmung muß nicht erteilt werden. Herr StR Mayrhofer es handelt sich dabei um kein Gesetz, so wie sie es gesagt haben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe gesagt, ein Erlaß!

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Sie haben gesagt, ein Gesetz und haben sogar den Vergleich gebracht, wenn ich 180 auf der Autobahn fahre, was ist dann. Das darf ich auch nicht. Das ist ein reiner Erlaß, eine Förderungsrichtlinie und nicht mehr und nicht weniger und die müssen wir hier nicht einhalten. Wir müssen bei diesem Spiel nicht mitmachen, daß die Gebühren so erhöht werden. In Österreich wird der Bürger genug, auf jeder Ebene, geschröpft. Auf Bundesebene liegt derzeit die Staatsquote auf sage und schreibe 45,7 %. 45,7 %, so hoch wie noch nie in der 2. Republik. Trotzdem haben wir ein Budgetdefizit von 70 Milliarden. Umgekehrt aber Einnahmen von der Rekordgröße, in der 2. Republik, von 800 Milliarden. Überall massive Belastungen, Belastungen, Belastungen. Jetzt, auf kommunaler Ebene, fahren wir auch noch mit den Gebühren hinauf. Keine Indexanpassung, so wie sie gesagt haben, eine Gebührenanpassung. Unter Gebührenanpassung verstehe ich in erster Linie Indexanpassungen oder geringfügige Steigerungen. Aber da, Herr Bürgermeister, haben wir 100 % im Zeitraum von 10 Jahren. Man kann die Zahl gar nicht oft genug sagen. Es ist keine Indexanpassung. Sagen sie mir bitte in ihrem Schlußwort, wo denn eine Kalkulation vorliegt. Vielleicht können sie uns das erklären. Wo gibt es dafür eine Kalkulation. Ich habe keine gesehen. Es gibt auch keine, aber vielleicht verfügen sie über andere Informationen. Mit diesen massiven Gebührenerhöhungen, mit dem vielleicht dann auch die Steuerreform finanziert werden soll, daß dann beim nächsten Finanzausgleich vielleicht wieder irgendetwas gedreht wird, sind wir aus fester Überzeugung nicht einverstanden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Spanring. Bitte sehr.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. Nur ganz kurz vielleicht ein ganz kleiner Beitrag. Mir kommt vor, daß in der ganzen Kanaldiskussion der Kanal gleich nach dem Klo aufhört und dann ist nichts mehr. Dann ist der Fall erledigt. Dann kostet nichts, nichts mehr. Interessanterweise gibt es eine Einrichtung wo der Kanal sich hinbewegt. Auf eine Kläranlage. Die kostet möglicherweise nichts. Ich kann euch nur sagen, sie kostet der Stadt Steyr etwa 40 Millionen Schilling pro Jahr. Eine Anlage, die dafür sorgt, daß die Umwelt in Ordnung ist. Eine Anlage, die am 2. Dezember wieder mit dem Umweltpreis des Landes OÖ für 1998 ausgestattet wird. Eine Anlage, die um das Geld, das durch die Kanalbenutzungsgebühren eingenommen wird, entsprechend umsetzt, um die Umwelt zu schützen, um die Qualität der Region Steyr zu gewährleisten. Das ist einer der Beiträge. 40 Millionen Schilling.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich glaube, da wissen wir von welcher Größenordnung wir sprechen. Wünscht bitte noch jemand das Wort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gleichzeitig. Geht alle beide.

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat. Noch einmal auf diesen einen Punkt zurückzukommen. Ich habe einen Vergleich angestellt, aber ich habe keine Forderung aufgestellt. Ich habe die Tarife Linz, Wels und Steyr verglichen. In Linz und Wels wird es halt einmal nach WC berechnet. Das ist nicht meine Idee. Das passiert dort so. Ich kann mich auch nicht mit dieser Tarifregelung anfreunde, wie es dort passiert. Da bin ich konform mit StR Bremm. Natürlich, wenn das beim Wasserbezug dabei ist, führt das zum Wassersparen. Das soll auch unser Ziel sein und in diese Richtung soll es auch gehen. Ich würde mich auch freuen, wenn man bei Wassernutzung, bei Nutzungsleitungen, bei Neubauten usw. auch vielleicht in Zukunft etwas macht. Eines müssen wir uns aber auch denken. Das wird bei den Mietern nicht möglich sein, aber Hausbesitzer werden vielleicht ihre Wasserzufuhr schon einmal überdenken und werden vielleicht mehr Regenwasser verwenden, werden natürlich dann beim Bezug des öffentlichen Wassers einsparen und das wird dann auch zu einer Schmälerung führen, in beiden Bereichen, Wasser und Kanal. Also, zu glauben Herr Bürgermeister, als zweiter Budgetposten kann das in Ewigkeit so dahingehen, das glaube ich gar nicht. Es wird wahrscheinlich weniger werden, weil die Leute werden dann schon sagen, da leite ich mir das Wasser von der Regenrinne in eine Tonne, gebe eine kleine Pumpe hinein und leite mir das Wasser ins WC.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Klug.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wo geht es dann hin?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber das geht dann auch in den Kanal.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Aber es ist nicht mehr über die Wasseruhr zu bemessen, Herr Stadtrat. Da müßte man dort wieder einen Zähler einbauen. Nicht. Soweit sind wir noch nicht. Aber wie gesagt, das war nicht meine Forderung. Mein Wunsch wäre schon, und das ist bei den Kindergartentarifen dasselbe, es müßte schon möglich sein, daß wir in Oberösterreich oder sogar in Österreich, glaube ich, vielleicht einmal einheitlichere Tarife bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In Österreich wird es nicht gehen, Herr Kollege, weil sie wissen, Niederösterreich ist frei.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Vielleicht ein Nachsatz noch. Natürlich, schlägt es sich auch auf die Betriebskosten der Mieten. Das dürfen wir auch nicht vergessen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das wissen wir eh, das ist automatisch.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Also, jede Erhöhung im Gebührenbereich erhöht uns auch die Mieten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Eichhübl zum zweiten Mal. Bitte sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Heute habt ihr einen ganz schönen Höhenflug.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich fühle mich jetzt einfach verpflichtet, mich nochmals zu diesem Thema zu Wort zu melden, weil es dort und da Äußerungen gegeben hat, die wirklich nicht unwidersprochen so im Raum stehenbleiben sollen. Kollege Bremm wurde ja bereits namentlich angesprochen, aufgrund seiner Meinungsäußerung, von meinem Fraktionskollegen Dr. Wetzl, der ja wirklich sehr deutlich das gesagt hat, was ich auch unterstreichen möchte. Das ja zum Unterschied von dieser Gebührenerhöhung im Bereich der Löhne in Betrieben, wie Kfz-Bereiche, gewisse Grundlagen vorherrschend sind, warum man jetzt die Stundensätze anheben muß, warum man eben Verteuerungsmaßnahmen durchführen muß. Dann liegen ja auch, wie ich erwähnt habe, Unterlagen auf dem Tisch und auch die Begründung ist vorhanden. Trotzdem wird das nicht so sein, daß in diesen Bereichen innerhalb von 10 Jahren eine 100 %-ige Steigerung zu vermerken ist. Das ist das eine. Das andere, was ich noch sagen wollte, Frau Kollegin Frech, natürlich sind diese Beträge, die im Amtsbericht ausgewiesen sind, zusätzlich noch mit 10 % hochzurechnen, weil ja der Kunde die Umsatzsteuer ebenfalls bezahlen soll. Ich nehme an, daß das nicht mit Absicht geschehen ist, das zu verschweigen. Das ist auch in meinem Bericht so formuliert. Ich bin auch davon ausgegangen, daß das die anderen Gemeinderatsmitglieder ebenso wissen wie sie, deshalb habe ich das in meinem Beitrag nicht extra erwähnt. Aber eigentlich hat mit der Kollege Spanring animiert, nochmals hier herauszukommen, weil er eben die Kläranlage angesprochen hat. Natürlich gebe ich dir vollkommen Recht, es ist dick zu unterstreichen, daß die Stadt Steyr eine derartige Anlage betreibt, im Interesse des Umweltschutzes und alles, was damit im Zusammenhang steht, und daß diese Anlage 40 Millionen Schilling gekostet hat. Nicht die Errichtungskosten sondern die 40 Millionen ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die hat über 200 Millionen gekostet, wenn ich dich erinnern darf.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

200 Millionen Schilling die Errichtung. Herr Bürgermeister, ich bedanke mich für die Klarstellung. Man merkt doch, er ist nicht zu Unrecht der Finanzminister dieses Hauses. Aber Spaß beiseite, diese 40 Millionen Schilling hat Kollege Spanring auf die ständigen Kosten, die im Jahr anfallen, bezogen. Aber jetzt muß ich schon die Gegenfrage stellen, wie du da den Vergleich zu dieser Verordnung des Landes OÖ herstellen kannst. Haben die das jetzt miteinberechnet?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Habe ich nicht gesagt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Na selbstverständlich. Du hast als Begründung dieser Tarifierhebung sehr deutlich das Beispiel Kläranlage herangezogen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Weil die Stadt 40 Millionen Schilling im Jahr zahlen muß.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Das wissen wir eh alle, daß wir heute entsprechende Kosten bei Errichtung der Kanäle, bei Errichtung von Reinhaltungsmaßnahmen udgl. mehr haben. Aber bitte, dann muß ich dich schon fragen, dann wäre es eigentlich die Aufgabe gewesen, der Stadt Steyr zu sagen, wir haben eine Verordnung des Landes OÖ übermittelt erhalten, wo entsprechende Anhebungen im Bereich der Kanalbenützung vorgesehen sind und dann müßte ich hergehen und eine Kalkulation machen, das habe ich auch in meiner ersten Rede sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wo eben dargelegt wird, wo liegen denn die tatsächlichen Kosten. Dann können wir darüber reden. Es ist ja nicht so, daß wir Freiheitlichen ständig als Verhinderer auftreten und wir werden das auch noch in Zukunft beweisen. Aber wir überlegen uns, inwieweit man die Bürger ständig belasten kann. Ich sage es jetzt noch sehr deutlich, Kollege Bremm, ich habe es bereits in der Stadtsenatssitzung gesagt, wie weit es erträglich ist, den Bürgern noch weiter in die Tasche zu greifen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir sind ja auch nicht so glücklich, wenn wir etwas erhöhen müssen. Kein Mensch ist glücklich, wenn er etwas erhöhen muß.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Kupfer. Bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Die Diskussion ist, wie StR Mayrhofer schon ausgeführt hat, mehr als populistisch. Das zeigt der Beitrag von Kollege StR Eichhübl, den er jetzt zum 2. Mal hier vorgetragen hat. Ich kenne keine andere ideologische Richtung hier im Gemeinderat, wie die der Freiheitlichen und der Liberalen, die andauernd von Kostendeckung, Kostenwahrheit, in allen Bereichen sprechen. Der Bereich Wasser, Kanal ist mehr als subventionsbedürftig. Die konkreten Zahlen habe ich jetzt nicht vor mir, aber kostendeckend arbeiten wir in diesem Bereich sicher nicht. Darum muß man in diesem Bereich natürlich auch die 38 Millionen, die wir jedes Jahr für den Reinhalteverband aufwenden, miteinberechnen. Deswegen muß man natürlich die jährlichen Investitionskosten für neue Kanäle, für die Instandhaltung bzw. Sanierung miteinrechnen. Es hat sich bereits in der Diskussion über den Nachtragsvoranschlag sehr gut herauskristallisiert, wo hier die Stoßrichtung ist. Hier wird mit Zahlen hantiert, hier werden Prozentmarken andiskutiert, aber die konkreten Projekte, die jetzt nicht verwirklicht werden hätten sollen, das wird natürlich nicht gesagt. Da wird gesagt, wir haben zuviel Ausgaben im Nachtragsvoranschlag insbesondere im außerordentlichen Haushalt, aber welche Projekt wir einsparen hätten sollen, das wird natürlich nicht gesagt. Da frage ich sie sehr konkret Herr StR Eichhübl: Hätten wir beim Hallenbad einsparen sollen, wo zusätzlich 1,2 Millionen ausgegeben wurden, bei der Kanalisation Knoglergründe, bei den Stadtwerken, beim Studentenheim oder beim Turnsaal in der Punzerschule? Es ist kein einziger Vorschlag von ihnen gekommen, wo hätte eingespart werden sollen. Sind wir uns ehrlich, diese Gebühr ist eine Verbrauchsabgabe und im weiteren Sinne eine Ökologisierung und ist eine Ökosteuer. Das haben auch meine Vorredner schon ganz richtig gesagt, es ist für jeden persönlich und für jeden Haushalt möglich, hier einzusparen und das ist ein Beitrag zur Ökologisierung und man kann diese 20 %-ige Steigerung sehrwohl im Haushalt einsparen. Da gibt es genug Möglichkeiten und hier können wir auch als Stadt mithelfen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Ich möchte das nicht so im Raum stehen lassen, was der grüne Kollege gesagt hat. So von wegen in Richtung Freiheitliche und Liberale, die sich nach dem Wind drehen, so hat das geklungen. Natürlich, und dazu stehe ich, werden wir uns immer für Kostenwahrheit aussprechen. Nur Kostenwahrheit kann ich nur dann haben, wenn ich Berechnungsgrundlagen habe, wenn ich Zahlen, Kalkulationen habe. Ich kann eines nicht machen, wenn sie heute draufkommen, wir müssen für das

nächste Jahr die Kanalgebühren erhöhen und wir müssen das z. B. um 5 % machen, dann kann man sagen, okay, wir erhöhen um 5 % und schauen im nächsten Jahr, ob wir damit auskommen oder nicht. Was machen wir jetzt? Wir beschließen eine Gebührenerhöhung gleich bis ins Jahr 2004, egal ob wir sie brauchen oder nicht. Das ist das Gegenteil von Kostenwahrheit, von Kalkulation und von Berechnungsgrundlagen. Wenn sie Berechnungsgrundlagen haben, dann legen sie die bitte auf den Tisch, dann kann man sich das ansehen, aber ins Blaue hinein Gebühren zu beschließen, das halte ich nicht für verantwortlich.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wenn wir über Gebührenerhöhungen oder über Abgaben und Tarifveränderungen in dem Gemeinderat reden, dann gibt es für die Opposition schon ein bißchen etwas her. Nicht wahr?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Einer muß ja die Opposition sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja, Frau Kollegin. Wenn das so ist wie sie sagen, beim Kanal, gerade noch wutentbrannt und sehr gut dargebracht, dann sage ich ihnen folgendes: „Warum stimmen sie uns nicht zu, wenn wir dann die Müllgebühren erhöhen müssen?“ Da liegen exakteste Berechnungen vor. Wir wissen ganz genau, daß wir einen Abgang von 14 Millionen haben. Beim Müll haben wir einen Abgang von 14 Millionen und wenn wir das richtig stellen wollen, weil wir das kostendeckend leisten wollen und alles am Tisch legen, dann sagt ihr - das können wir den Bürgern nicht zumuten. So schaut die Welt in Wirklichkeit aus.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Sie wissen ja noch gar nicht wie ich stimmen werde!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Überhaupt glaube ich, daß ich teilweise, bei weiten Passagen, ein bißchen in der Märchenstunde gelandet bin. Auch wenn sie nicht verlangt haben, Herr Kollege, daß wir unsere Abwassergebühren auf WC umstellen sollen, haben sie es schon sehr interessant dargebracht, daß es in Wels oder in Linz so ist. Ich persönlich sage eines dazu. Ich weiß nicht, wie die das pauschalisieren und umlegen. Aber eines sage ich ihnen schon. Ich bin sehr zufrieden und froh darüber, daß wir eine konkrete Bemessung haben. Nämlich einen Kubikmeter am Verbrauch orientiert und nicht an einem WC. Die Kollegin Mach hat das ja richtig gesagt. Stellen wir uns das in der Praxis vor. Wir haben z. B. einen Schlachthof.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wollen sie nicht verstehen, daß keiner gegen die Kubikmeter ist?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wieso reden sie immer dazwischen. Sie regen sich immer auf, daß wir polemisieren und sie halten gar nichts aus. Wie ich so jung war sie habe ich bessere Nerven gehabt, das möchte ich ihnen schon sagen.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sage ihnen nur, konkret am Verbrauch orientierte Gebühren. Wir haben im Haus vielleicht nicht so eine genaue. Ich habe keine gesehen. Aber eines können sie schon annehmen, meine Damen und Herren, daß im Land OÖ, wo hier das gesamte Land gesehen wird, bei diesen Gebühren nicht eine Kalkulation sonder x Kalkulationen vorgelegen haben. Wenn sie das für das Land OÖ und für die Gemeinden vorgeben, die Damen und Herren die im Landtag sind und die müssen ja nicht unbedingt unseriöser oder schlechter sein als wir, die wir da in einer Gemeindestube sitzen, dann haben sie sich etwas überlegt, wie sie nämlich Abwasserentsorgung landesweit darstellen und finanzieren können. Ich sage ihnen folgendes, ohne daß ich ihnen im leisesten nahe treten möchte: Unsere Vorgänger haben sich zum Glück sehr viel überlegt und sie haben sich sehr viel zugetraut und sie haben eine große Weitsicht bewiesen. Ich schaue mir das lange genug an, um das beurteilen zu können. Ich kann mich erinnern, vor ungefähr 25 Jahren war ich im Gemeinderat von Sierning, da war ich etwa in ihrem Alter, da ist

eines Tages der Bürgermeister Teufel gekommen und hat uns erzählt, sie hätten ein Proponentenkomitee zur Bildung eines Reinhaltverbandes gegründet. Mehrere Gemeinden. Sie stellen sich vor, daß die Gemeinden Sierning, Aschach, seinerzeit haben sie sogar bis Ternberg gesprochen, und auch am Unterlauf der Steyr und Enns, sich zusammenschließen um gemeinsam die Abwasserentsorgung vorzunehmen. Damals haben wir geglaubt, die reden von irgendetwas utopischen, das man sich überhaupt nicht vorstellen konnte. Vor mehr als 20 Jahren war die Geburtsstunde. Daß das heute alles realisiert ist, ist eine großartige Leistung und es hat ungefähr 2 Milliarden Schilling gekostet. 2 Milliarden und ein Einzugsgebiet, von dem wir da sprechen, das werden vielleicht 70 bis 80.000 Leute sein. Der Lohn für diese Aktivitäten ist heute, zumindest in der Stadt Steyr, Trinkwasserqualität Güteklasse I. Um das werden wir beneidet und das darzustellen, das ist eine Perspektive. Allen, die dafür eingetreten sind, gebührt eigentlich unser Dank. Es ist auch heute bei jedem Budget noch so, daß wir alle Jahre darum ringen und streiten, wie wir denn den Kanalbau finanzieren. Auch wenn wir sehr weit fortgeschritten sind. Aber wenn da so locker vom Hocker gesagt wird, na ja, es ist in den letzten Jahren im Kanalbau fast nichts mehr geschehen. Du darfst das nicht sagen Roman, du bist ja dabei gewesen. Du hast das gesagt, daß in den letzten Jahren eh nicht mehr so ein Bedarf war. Ich möchte sagen, gerade in den letzten Jahren haben wir uns gewaltig angestrengt. Ich darf an die Christkindlsiedlung erinnern, die das letzte große Siedlungsgebiet war, das nicht am Kanal angeschlossen war. Das Geld haben wir nämlich aufgewendet. Natürlich müssen wir Darlehen zurückzahlen. Davon spricht kein Mensch, wie wir denn das alles tun. Kollege Spanring hat eine richtige und wichtige Meldung abgesetzt und gesagt, alleine der Betrieb dieser Kläranlage kostet uns jährlich 40 Millionen Schilling. Beiträge die wir hier leisten. Also, ich meine, daß es uns bewußt sein muß, daß wir in Wirklichkeit mit Aufwendungen für den Kanal und mit der Abwasserentsorgung und deren Finanzierung, die aller entscheidendste Umweltschutzmaßnahme überhaupt hier tätigen und, daß wir uns damit in der Tat zum Umweltschutz bekennen. Daß manches, was so drum herum gesprochen wird, eher optische Dinge sind, manches Mal Aufputz und Kinkerlitzchen für die Tagespolitik, daß diese Maßnahmen ergriffen wurden, daß sie bis in die Gegenwart erfolgreich fortgesetzt wurden, daß wir sie auch noch fortsetzen müssen, ich erinnere nur, der Ortsteil Christkindl selbst, Kirche und Umgebung, Gasthäuser und was dort noch alles ist, dort sind wir noch nicht mit dem Kanal. Das haben wir auch noch vor uns. Ich halte einfach nichts davon, wenn ein Einziger, bitte Herr Dr. Pfeil, Nachtragsvoranschlag heute, was sie da so plakativ hinhalten, wo sie das herhaben weiß ich eh nicht, Fernsehen wahrscheinlich, daß sie da sagen, S 500.000,-- Instandhaltung ist da im Budget drinnen. Bitte sehr, das ist die Veränderung gegen den Budgetansatz und betrifft ein einziges Projekt, das der Kollege Mayrhofer ja erklärt hat. Also, S 500.000,-- kostet ein Kanalrohr zu durchleuchten und dort entsprechende Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, nur an einem Stück. Sie wissen ganz genau, nur eine Straße 5, 6 m aufgraben, eine Reparatur durchführen, weil ein Lastwagen eingebrochen ist, da setzen wir solche Beträge, und zwar am laufenden Band. Sie selbst haben in der Altstadt verlangt, daß hier doch endlich Sanierungen durchgeführt werden müssen und nicken dazu. Ja bitte sehr, dann werden wir wohl so wie andere Gemeinden in OÖ das auch machen müssen und nicht eines tun, wie Kollege Payrleithner für eure Fraktion das auf den Punkt gebracht hat. Es ist auch seine Aufgabe, weil er der Parteiobmann ist. Er hat gesagt, es ist nicht unsere Politik Belastungspakete zu schnüren. D.h., die anderen sind nur dazu da, daß sie Belastungspakte schnüren. Das ist Parteipolitik. Das kann man natürlich machen aber man muß sich das dann vorhalten lassen. In Wahrheit geht es uns darum, daß wir uns darüber freuen, daß wir den hohen Standard haben. Bei uns läuft nicht das Budget aus dem Ruder, Frau Kollegin Frech. Wenn sie den Nachtragsvoranschlag ansehen und die letzten 3 Budgets, dann werden sie das ja feststellen, weil sie brauchen ja eh immer Zahlen und Unterlagen. Da haben sie die Zahlen und trotzdem behaupten sie ganz etwas anderes. Wir wollen nur haben, daß die Dinge kostendeckend gesteuert werden, weil wir Überschüsse aus dem Budget, erwirtschaftete Beträge aus dem Budget, in Bereiche investieren und für Bereiche zuschießen wollen, wo man nämlich nicht kostendeckend sein kann. Wenn wir das nicht mehr tun, daß wir bei Abwasserentsorgung, bei der Müllentsorgung und anderen Dienstleistungen kostendeckend operieren, dann können wir nämlich den Kindergarten, das Altersheim und die öffentlichen Verkehrsbetriebe zusperrern, weil da haben wir überall einen Zuschußbedarf der sich in der Größenordnung von 15 - 30 Millionen erweist. Daher, meine Damen und Herren, sind wir gut beraten, wenn wir Dienstleistungen der Stadt so kostengünstig als möglich darstellen und wenn wir sie aber auch kostendeckend gestalten. Das wird uns niemand ersparen und das ist auch Verantwortung, wenn es auch nicht populär ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

So meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand (SPÖ, ÖVP, GAL). Wer ist dagegen? 10 (9 FPÖ, 1 LIF). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Die Erhöhung wird durchgeführt. Wir sind auch nicht glücklich aber es muß sein. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, eine Förderung, so etwas könnten wir auch nicht tun, wenn wir kein Geld hätten, und zwar für REWO Residenzen und Wohnheime GmbH, Preuenhueberstraße 14, Altstadterhaltung- und

Gewerbeförderung. Es handelt sich dabei um das Schloß Voglsang, das ist geläufiger, um seine Renovierung und Wiederinbetriebnahme für einen neuen Zweck der im Einvernehmen mit der Stadt entwickelt wurde. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Fin-216/98 „REWO“ Residenzen und Wohnheime GmbH, Preuenhueberstraße 14, 4400 Steyr, Altstadterhaltungs- und Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 9. November 1998 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege folgende Mitteln freigegeben:

Lfd. Nr.: Objekt: 1 Preuenhuberstraße 14 (G. Dobraus Immobilien GmbH.) GESAMTSANIERUNG

Herst. Kosten: fördrw. Kosten: S 8.323.177,20 S 6.094.857,18

Subvention: S 900.000,00

Die Subvention wird auf 3 Jahresraten zu ÖS 300.000,-- beginnend mit 1999 ausbezahlt.

Weiters wird aufgrund des Vorschlages des Geschäftsbereiches für Finanzen der Firma „REWO“ Residenzen und Wohnheime GmbH, Preuenhueberstraße 14, 4400 Steyr, für die anlässlich der Errichtung eines Cafe-Restaurants und Immobilienbüros getätigten Investitionen in der Höhe von ÖS 3,26 Mio., zu dem 5-jährigen Darlehen bei der Volksbank Alpenvorland in der Höhe von ÖS 3,2 Mio., ein 3 %-iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von 5 Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. ÖS 264.000,-- verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VAS 5/782000/756000 Mittel in der Höhe von ÖS 92.000,-- für das Rechnungsjahr 1998 freigegeben.

Ich bitte um Debatte und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen die Gewerbeförderung? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster Punkt, Zukunftsmusik, Architektenwettbewerb. Ein städtebaulicher Bewerb für die Reithoffer- und Aigner Gründe soll ausgelobt werden. In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

BauGru-50/98 Architektenwettbewerb Reithoffer- und Aigner-Gründe; Antrag auf Durchführung eines geladenen Wettbewerbes und Vergabe der diesbezüglichen Ausschreibung; Vorprüfung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA f. Stadtentwicklung und -planung, vom 4.11.1998 wird Nachstehendem wie folgt zugestimmt:

Durchführung eines geladenen Wettbewerbs (7 Teilnehmer) Vergabe Ausschreibung und Vorprüfung S 130.000,-- inkl. MWSt.

Modelle (7 Einsatzplatten) S 80.000,-- inkl. MWSt.

Honorar Jury S 80.000,-- inkl. MWSt.

Aufwandsentschädigungen S 840.000,-- inkl. MWSt.

Vervielfältigungen S 20.000,-- inkl. MWSt. **gesamt S 1.150.000,-- inkl. MWSt.**

Zu diesem Zweck werden für 1998 Mittel in Höhe von **S 95.000,--** bei VAS 5/0310/728000 freigegeben.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich schicke voraus, daß wir diesem Antrag die Zustimmung erteilen werden. Die Reithoffergründe verdienen sich einen städtebaulichen Wettbewerb, weil es die letzte zusammenhängende Leerfläche im unmittelbaren Stadtkernbereich ist. Aber die Vorgänge rund um diesen Wettbewerb veranlassen mich, daß ich dem Gemeinderat berichte und unsere Darstellung abgebe. Dieser Architektenwettbewerb soll ein geladener Bewerb mit 7 Teilnehmern werden und wir haben im letzten Stadtentwicklungsausschuß darüber, oder wir wollten zumindest intensiv darüber diskutieren. Zu dieser intensiven Diskussion ist es nicht gekommen. Herr Prof. Breitling hat nur fragmentarisch diese Ausschreibungsbedingungen vorgelesen. Man war zuerst nicht willens den einzelnen Fraktionen die Ausschreibungstexte zu geben. Ich habe sie vehement eingefordert weil, und das muß man betonen, daß zumindest Stadtsenatsmitglieder vergleichbar sind mit Vorstandsmitglieder einer Firma, wenn man für etwas abstimmt, dann muß ich selbstverständlich die Unterlagen kennen. So eine alte Denkweise, daß uns „Roten“ das Rathaus gehört und da hat ein anderer nichts zu suchen und sich nicht zu informieren, daß finde ich bedenklich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Habe ich nicht gleich gesagt sie können das gerne lesen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, nicht gleich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe gesagt, ich möchte es nur nicht in der Zeitung lesen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zuerst ist ihnen noch ein Beamter zu Hilfe gekommen und hat gesagt, nein, das dürfen wir gar nicht herzeigen. Das dürfen wir nicht. Sie erinnern sich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber ich nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und dieser Geist herrscht in diesem Raum. Ich habe es glücklicherweise dann am übernächsten Tag vom Herrn Baudirektor bekommen. Ich hoffe, die anderen Fraktionen oder interessierte Mitglieder des Planungsausschusses haben diese Unterlagen auch eingesehen, weil mir wäre es schon lieber gewesen wir hätten uns dort nicht über Formalitäten unterhalten sondern auch über den Ausschreibungstext. Keine Angst, ich werde jetzt keine Gestaltungs- oder Planungsausschußsitzung machen, nur so ein wichtiges Projekt verdient sich tatsächlich einer näheren Betrachtung. Besonders im diesbezüglichen Ausschuß. Wenn hier steht, und ich glaube ich verrate hier kein Geheimnis wenn ich nur die einzelnen Punkte anführe, auf was es darauf ankommt, in diesem Leistungskatalog von diesen zu erbringenden Leistungen, Lage und ungefähre Abgrenzung, ist mir klar, Fußwegenetz und Nachbarschaftsplatz ist auch klar, Baumgruppen auch klar, Kinderspielfeld (Bolzplatz) ist mir nicht mehr so geläufig. Ich kenne in Österreich keine Ausdruck Bolzplatz. Vielleicht werden die diesbezüglichen Architekten damit gescheitert. Es soll aber vor allem ein Parkhaus, für 200 Parkplätze für das Kulturhaus, errichtet werden. Da wäre mir schon recht gewesen, wenn wir hier ein integratives Verkehrskonzept miteinbeschlossen hätten. Weil 200 Parkplätze, ein Parkhaus, das erzeugt Verkehr. Für wen soll dieses Parkhaus dort sein? Ich habe dieses Projekt im Verkehrskonzept, im Generalverkehrskonzept der Stadt Steyr nicht gefunden, daß dort ein Parkhaus notwendig wäre.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das hat Prof. Breitling erklärt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn es für die Bewohner dort ist, dann brauchen wir ein Parkhaus, dann ist es Sache des Bauträgers. Jedenfalls wäre es schon sehr angenehm gewesen, wenn wir uns dort auch über die Ausschreibungsbedingungen unterhalten hätten. Es geht auch so weiter, ich habe fast den Eindruck wie „Kraut und Rüben“, in diesem Ausschreibungstext. Es werden hier Angaben über evt. später zu realisierende Läden und Gaststätten mit Anlieferungsflächen, Gast- und Schanigärten etc. verlangt. Es werden im nächsten Punkt Vorschläge für die Eingangssituation des Kulturhauses verlangt. Es werden Wartebucht für Teilnehmer am Carsharing verlangt. Es werden Bushaltestellen

mit Witterungsschutz verlangt. Das alles aber ohne Verkehrskonzept.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist es ja!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, dann sagen sie es auch. Aber das ist es eben nicht. Man muß sich zuerst über die Widmung einig werden und dann kann man erst die Ausschreibung machen. Zum anderen, es war schon sehr interessant vom Herrn Bürgermeister zu hören, wie das Gespräch mit den Grundstückseigentümer stattgefunden oder nicht stattgefunden hat. Wir planen ja auf fremden Grund. Dieses Grundstück gehört uns ja nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist wichtig, daß sie das sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es gibt einen großen und einen kleineren Grundstückseigentümer. Ich weiß jetzt nicht, wen sie gemeint haben. Der eine macht scheinbar jetzt Druck, seit kurzer Zeit, dem anderen, ich nehme an das ist der größere Grundstückseigentümer oder ein Vertreter, haben sie es erzählt und kundgetan. Aber ich denke schon, daß diese Herrschaften, gerade die Grundstückseigentümer, auch hier in der Planung von Anfang an dabei sein sollten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr gut. Bravo. Mit dieser Aussage werden wir einmal mehr zahlen müssen. Wer wünscht noch das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen werte Presse. Vorausschicken möchte ich, daß ich selbstverständlich dafür bin, daß es einen Bewerb gibt und daß man sich Gedanken macht.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Apfelthaler

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Dafür war ich immer lieber Kollege. Lassen sie mich vielleicht aussprechen, dann erfahren sie meine Bedenken. Also, für einen Bewerb selbstverständlich. Nur ich kann es ihnen nicht ersparen, ich weiß, ich höre dann immer ich habe die Gnade der späten Geburt aber es ist halt so, daß die Diskussion und das haben die Grünen bereits vor meiner Zeit erkannt, daß es wichtig ist, daß man dort etwas macht, daß man eine Ideensammlung macht. Nur hat es vor einem Jahr die Notwendigkeit dafür noch nicht gegeben, weil das Grundstück war im Besitz der Steyrer-Werke und da hat man auch politische Einflußmöglichkeiten nutzen können. Es war nicht so wichtig etwas zu tun. Jetzt brennt auf einmal der Hut, habe ich den Eindruck. Wenn ich mich erinnere, hat die Geschichte so begonnen: Da gab es einen Stadtentwicklungsausschuß. In diesem Stadtentwicklungsausschuß wurde uns mitgeteilt, daß es diesen Architektenwettbewerb Reithoffer- und Aigner-Gründe geben sollte. Wie ich mich zur Vorbereitung ins Amt begeben habe, habe ich gefragt, ob es dazu schon Unterlagen gibt. Nein, das erfahren wir alles während der Sitzung. Gut, gehe ich in die Sitzung. Auf einmal heißt es, wir sollen uns gleich entscheiden, wir sollen gleich die Zustimmung geben. Gut, Liberale und Grüne sind eh nicht stimmberechtigt aber die anderen Fraktionen, sie sollen sich sofort entscheiden. Irgendwie ist in der Diskussion herausgekommen, na ja, es gibt Widersprüche, geladener oder offener Wettbewerb und so genau kann man es aus dem Stand nicht beurteilen, wenn man kein Experte ist. Aufgrund dessen haben wir dann, nachdem viele Fraktionen gesagt haben sie wollen nicht gleich entscheiden, die Sache auf die Fraktionskonferenz verschoben. In der Fraktionsvorsitzendenkonferenz war das dann leider kein Thema mehr, weil aufgrund der Zeit der Tagesordnungspunkt nicht mehr stattgefunden hat. Also hat es einen nächsten Stadtentwicklungsausschuß gegeben. Vor diesem Stadtentwicklungsausschuß bin ich der Sache ein bißchen nachgegangen, weil im Ausschuß die Argumente z. B. immer gegen diesen offenen Wettbewerb, waren. Ich habe mich gefragt, warum ist man dagegen, weil je mehr Wettbewerb desto mehr Qualität, so ein bißchen habe ich diese naive Sicht vertreten. Da war immer das Argument, in diesem ersten Stadtentwicklungsausschuß, na ja, die Kammer, die schreibt uns das ja vor. Nämlich die Architektenkammer und Kammer für Ingenieur, Konsulenten für Oberösterreich und Salzburg, die haben so ganz genaue Richtlinien, die schreiben uns das vor und dem müssen wir uns beugen. Dann habe ich mir gedacht, gut, dann spreche ich halt einmal mit der Kammer. Ich habe dann mit einem Vertreter gesprochen und ihn gefragt, was spricht für einen geladenen und was spricht für einen offenen Wettbewerb. Da war die ganze Geschichte schon wieder ganz anders. Die Kammer hat mir gesagt, ja wir haben aus Prinzip immer einen offenen Wettbewerb. Im Ausschuß ist uns eher so mitgeteilt worden, daß der geladene Wettbewerb wichtiger wäre. Dann wurde im Ausschuß auch noch gesagt, daß die Kammer bei einem geladenen Wettbewerb über die Teilnehmer Vorschläge macht. Mir hat die Kammer gesagt, daß sie keine

Vorschläge über die Teilnehmer macht und, daß die Stadt entscheidet und diejenige ist, welche die Entscheidungsgewalt hat und nicht die Kammer. Es gibt zwar Wettbewerbsbedingungen, die sind mir dann auch zugegangen, aber das steht nirgendwo, daß wir nicht einen offenen Wettbewerb machen können. Ich habe mich dann auch im letzten Stadtentwicklungsausschuß wieder dafür ausgesprochen. Ich habe mir aber dann sagen lassen müssen, das wäre ja Schnee von gestern, man hätte längst entschieden, daß es einen geladenen Wettbewerb gibt. In der ganzen Geschichte habe ich immer mehr den Eindruck bekommen, daß wir das Pferd von hinten aufzäumen. Und zwar deshalb, weil ich merken mußte, daß der Zugang ein ganz eigener ist. Der Zugang dieses Bewerbs ist nicht der, den ich mir wünschen würde. Nämlich umsetzbare Visionen für eine ökologische vorbildhafte Nutzung der Reithoffer- und Aigner-Gründe herauszufinden, die an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert ist sondern, daß es primär darum geht, etwas zu verhindern. Etwas zu verhindern was evt. der neue Eigentümer damit machen könnte. Das ist der Zugang zum Thema gewesen. Das hat sich bei mir auch verstärkt, wie ich im letzten Stadtentwicklungsausschuß gehört habe, daß die Zeit für diesen Wettbewerb 6 Wochen ist. Innerhalb von 6 Wochen sollen die Architekten mit ihren Vorschlägen fertig werden. Das glaube ich nicht, daß unter diesem Zeitdruck wirklich sehr viel möglich sein wird. Aber jetzt muß es ja auf einmal schnell gehen, weil wir wollen ja etwas verhindern. Prof. Breitling hat es ja auch zugegeben. Ich bin ihm für diesen Satz sehr dankbar, wie ich genau diesen Punkt gebracht habe, und da unterscheide ich mich vielleicht von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, das was ich in Ausschüssen sage, ist auch ident mit dem, was ich im Gemeinderat sage. Da gibt es keine Abweichungen.

Zwischenruf: Frech!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Frech zu sein ist mein Metier. Aber es war die Sache, daß Prof. Breitling gesagt hat, wortwörtlich: „Wer sich der Stadt unterwirft hat keine Probleme. Wer sich der Stadt nicht unterwirft hat dann einen dornigen Weg vor sich.“ Das war dann für mich der Beweis dafür, daß es darum geht etwas zu verhindern. Es geht nicht darum diese umsetzbaren Visionen zu ermöglichen, wirklich etwas visionäres zu entwickeln. Wir haben nicht mehr viele Grundstücke in Steyr, wo man tatsächlich etwas machen kann. Hier wäre die Chance gegeben, durch eine andere Vorgangsweise, durch einen offenen Wettbewerb durch den mehr an Ideen hereinkommt und nicht im Vorhinein, da habe ich den Eindruck auch gewonnen, ich glaube, man kann schon Wetten darüber abschließen, wer den Bewerb gewinnen wird. Ich glaube, da ist alles schon sehr groß vorgegeben. Was mir auch aufgefallen ist, da muß ich dem Koll. Pfeil Recht geben, es war wirklich so in dieser Sitzung, daß nicht klar war, was soll da eigentlich in diesem Bewerb drinnen stehen. Das ist schon sehr wesentlich, weil je mehr sie das einschränken, in diesen Wettbewerbskriterien, desto wenige werden sie auch an Innovationen darin vorfinden. Ich finde auch, daß man die Grundeigentümer von vorn herein in die Planungen miteinbeziehen soll, weil wir planen auf fremden Grund, das muß uns auch bewußt sein. Ich verstehe eigentlich bis heute nicht, und ich habe dann noch einmal ein Gespräch mit der Kammer geführt, warum man nicht einen offenen Wettbewerb macht. Ich verstehe es bis heute nicht. Ich habe zwar viele Gegenargumente gehört aber von der Kammer her habe ich keines gehört. Ich hätte mich daher für einen offenen Wettbewerb ausgesprochen und aus diesem Grund, und weil ich einfach den Eindruck gewonnen habe, hier geht es wirklich primär darum etwas zu verhindern und nicht etwas zu gestalten, werde ich mich der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Es ist ja nicht ganz unbekannt, daß das Thema Reithoffer bzw. das südliche Stadtgebiet für uns Grüne seit langem ein interessantes Thema ist und speziell dieser Wettbewerb großes Interesse bei uns hervorgerufen hat. Die Geschichte Reithoffer ist beinahe auf den Monat genau mittlerweile 9 Jahre alt. Vor 9 Jahren wurde eigentlich eine sehr interessante Industriearchitektur in Steyr demoliert. Damals hat es große Proteste vieler Politiker aller Fraktionen gegeben. Nun, 9 Jahre später, stehen wir vor einer neuen Nutzung, vor dem Beginn dieses städtebaulichen Wettbewerbes, wo ich meinen Vorrednern schon Recht gebe, wenn sie diese rasche und doch ein wenig eilige Beschlußfassung kritisieren. Es stimmt, wir hätten eigentlich die letzten Jahre genug Zeit gehabt uns näher mit diesem Juwel auseinanderzusetzen. Diese Zeit haben wir leider verstreichen lassen. Es hat viele Diskussionen gegeben, es hat auch schon viele Ideen und Bewerbungen auf diesem Gebiet gegeben. Es hat aber leider keine breite Meinungsbildung gegeben. Für uns Grüne steht zweifellos fest, daß dieses Areal das wertvollste und städtebaulich interessanteste Grundstück, was wir derzeit in Steyr noch haben, ist. Ich denke mir, so müssen wir auch mit diesem Grundstück und diesem Wettbewerb umgehen. Wir können uns glücklich schätzen. Ich glaube, es gibt keine vergleichbare Stadt in Österreich, die in Zentrumsnähe so ein großes Areal von dieser Qualität hat. So großflächig, mit so interessanten Nachbarschaftsverhältnissen und nicht zuletzt mit einer bereits bestehenden Nutzung, rundherum, die für einen

Wettbewerb, der jetzt ausgeschrieben wurde, eine interessante Perspektive gibt. Wir haben das auch in einer Stellungnahme bekanntgegeben. Das wäre ja eigentlich die Möglichkeit aller anderen auch gewesen, auf diesen Wettbewerb ihre Stellungnahmen abzugeben. Also, wir haben eine Stellungnahme abgegeben. Wir glauben, daß dieser Wettbewerb eine gute Voraussetzung bietet, ein Musterprojekt durchzusetzen. Für uns ist es wichtig, daß das tatsächlich ein Musterprojekt wird. Ein Musterprojekt im Themenbereich „Stadt- und Bauökologie“, zu dem Thema „Urbanität“, zum Thema „Innovatives Wohnen“ und auch nicht zuletzt zu mehr „Ökologie“ und zu „energiesparenden Bauweisen“. Wir haben, wie gesagt, unsere Vorstellungen eingebracht. Schön wäre es, wenn es nun auch so realisiert werden würde. Nur, das haben meine Vorredner auch bereits erwähnt, da gibt es natürlich einige Probleme, bis wir dorthin kommen. Ein Problem ist ganz sicher und dessen sind wir uns, glaube ich, alle bewußt, daß wir mehrere Eigentümer auf diesem Areal haben, daß der Ausschreiber dieses Wettbewerbs die Stadt ist und, daß wir eigentlich bis jetzt nicht genau wissen, wie die Interessen der einzelnen Eigentümer sind, welche Eigentümerveränderungen dort passieren werden und was dann tatsächlich von denen, die dann dort investieren müssen, gewünscht wird. Aber eines ist, glaube ich, klar. Die Zeit drängt. Aus diesem Grund muß dieser Wettbewerb auch jetzt durchgeführt werden. Schwierigkeiten wird es dann bei den Verhandlungen mit den Bauträgern geben werden. Ich glaube, hier und zu diesem Zeitpunkt muß sich dann die Stadt insbesondere einsetzen. Mit diesem städtebaulichen Wettbewerb wird eine Bebauungsstudie gemacht, wird ein erster städtebaulicher Wettbewerb abgeführt, aber über die genaue Ausformung dieses Stadtgebietes muß dann die Stadt ihr öffentliches Interesse einbringen. Ich sage hier, daß ich trotz dieses Wettbewerbs und trotz dieser Richtlinien, die jetzt in der Auslobung drinnen stehen, vorsichtig pessimistisch bin, daß das auch so durchgeführt werden kann, wie es sich die Stadt wünscht. Wir haben zwar im Stadtentwicklungskonzept festgeschrieben was wir uns auf diesem Areal wünschen. Das ist eben hauptsächlich eine Wohnnutzung und ein Nachbarschaftszentrum. Wir haben leider, das habe ich auch schon gesagt, die Zeit verstreichen lassen, grundlegende Ideen über ein „Wohnen im 21. Jahrhundert“ durchzuführen. Einen Ideenwettbewerb den nicht nur wir gefordert haben. Einen Ideenwettbewerb der auch von vielen an Städtebau interessierten Personen in Steyr jahrelang eingefordert wurde. Ich glaube, daß mit diesem Wettbewerb noch nichts verloren ist, daß mit diesem Wettbewerb sicher Einhalt geboten wird, daß eine schlechte Entwicklung stattfindet, welche die Stadt nicht wünscht. Darum denke ich mir, daß das öffentliche Interesse der Stadt an sozialer Infrastruktur, an ökologischer Orientierung, an Bewohnerbeteiligung anschließend vehement eingefordert und eingebracht werden muß. Modelle dafür gibt es genug. Es ist auch im Stadtentwicklungsausschuß die Diskussion darüber entbrannt, ob es überhaupt den Bedarf an Wohnen in Steyr gibt. Ich glaube, den Bedarf gibt es. Es gibt einen Bedarf nach qualitativen Wohnen in Steyr. Aber Vzbgm. Tatzreiter hat sicher zu Recht im Ausschuß, und das möchte ich auch erwähnen, zwei Aspekte angesprochen, die auch mir sehr wichtig sind. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß die Wohnungen die dort errichtet werden, nicht so teuer sind. Das ist natürlich ein sehr wertvoller Standort, wo natürlich die Bauträger, die dort investieren werden, hauptsächlich die Eigentumsinteressen vertreten werden. Aber trotzdem muß es unser Interesse der Stadt sein, daß die Wohnnutzung und die Wohnungen dort nicht so teuer werden und, daß es Wohnungen sein werden, die wir uns leisten können.

Wir haben uns die Richtlinien für den Wettbewerb angesehen. Wir glauben auch, daß die Stellungnahme, die wir dazu abgegeben haben, in dieser Auslobung berücksichtigt wurde und deshalb sagen wir auch „ja“ zu diesem Wettbewerb und darum sagen wir auch „ja“ zu einer breiten und intensiven Diskussion, die wir in Zukunft, in den nächsten Monaten, führen müssen, auch im Stadtentwicklungsausschuß, was wir uns tatsächlich wünschen. Dieser Wettbewerb gibt einen groben Raster, ist eine Bebauungsstudie, wo sehr viele interessante Aspekte drinnen stehen und darum verstehe ich auch die Kritik von Herrn Dr. Pfeil nicht, wo er sagt, das ist alles so schwammig und nebulös, wenn ganz klar drinnen steht, daß es eine verkehrsarme Siedlung werden soll, wenn sogar Carsharing drinnen steht, wenn Energiesparmaßnahmen gefordert werden etc. Daher „ja“ zu diesem Wettbewerb und wie gesagt, ich wünsche mir eine breite Diskussion in den nächsten Monaten, was wir als Stadt tatsächlich dort haben wollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer. Bitte sehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ein bißchen richtig stellen muß man Ausführungen, die jetzt zu diesem Thema gefallen sind, natürlich schon. Prof. Breitling ist mit Sicherheit nicht über die Ausschußmitglieder darüber gefahren sondern hat sich schon bemüht sehr klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, was eigentlich gewünscht wird. Auch der Hinweis auf das Parkhaus ist natürlich gefallen, wenn man aufgepaßt hat. Breitling hat gesagt, man muß dem Auto eine untergeordnete Funktion geben und es soll nicht so sein, daß jeder mit dem Auto direkt vor der Tür stehen bleibt. Im Gegenteil. Die Leute sollen durchaus ein Wegstrecke zurückzulegen haben um zu ihrem Auto zu kommen. Es ist ja auch in anderen Stadtteilen, wenn ich mir jetzt Münchenholz z. B. hernehmen, auch der Fall, wo Garagen zentral angeordnet und nicht direkt beim Haus sind. So etwas stellt er sich dort oben eben vor. D.h., man sollte halt auch in Ausschußsitzungen etwas aufpassen und nicht im Nachhinein schreien, wenn man nicht mitkommt und nicht versteht, was hier gemacht oder gesagt

wurde. Die 6 Wochen, Frau Kollegin Frech, die sind nicht richtig. Die Unterlagen werden am 21. 12. ausgegeben und Ende Februar ist die Abgabe. Das ergibt meines Erachtens immer noch zwischen 9 und 10 Wochen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:
Ab dem Zeitpunkt des Hearings.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ein Hearing ist nichts anderes, als wenn man Fragen hat, daß man sie hier stellen kann. Das heißt aber nicht, daß ich nur 6 Wochen zur Verfügung habe. Auch 10 Wochen sind natürlich nicht viel. Überhaupt keine Frage, aber 6 Wochen ist bitte nicht richtig. Die 3. und ich glaube, das ist die entscheidende Sache. Wir reden hier tatsächlich über Grund, der nicht der Stadt gehört und auch über Objekte, die nicht von der Stadt errichtet werden. Wir können also keinen Architektenwettbewerb machen mit einer anschließenden Auftragsvergabe. Das ist natürlich das Lukrative für einen jeden Architekten. Wir wollen die Ideen von Architekten jetzt haben und müssen hier natürlich auch einen finanziellen Anreiz bieten. Dieser finanzielle Anreiz werden S 100.000,-- pro Architekt sein. Jeder, der so etwas schon mitverfolgt hat weiß, daß diese S 100.000,-- maximal eine Aufwandsentschädigung sein können aber nicht effektiv ein Geschäft oder, daß ein Architekt damit verdient. Wir haben für diesen Architektenwettbewerb ungefähr eine Million zur Verfügung. Mit der ganzen Abwicklung, mit dem ganzen Preisgeld. Ein offener Wettbewerb, stellen sie sich vor, was machen wir, wenn 30 Architekten anbieten. Wir müßten 3 Millionen alleine an Preisgeld ausschütten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber geh!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist einfach nicht möglich. Es ist auch eine Kostenfrage. Wenn sie gesagt haben, sie verstehen jetzt, was die Stadt will, wir wollen restriktiv sein, da gebe ich ihnen vollkommen Recht. Das ist richtig. Wir möchten verhindern, daß auf diesem Gebiet etwas entsteht, was wir nicht wollen und möchten rechtzeitig auch den Eigentümern zeigen, was können sie darauf machen und was wollen wir als Stadt auf gar keinen Fall. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort. Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Noch nie in der Geschichte der Stadt Steyr ist die Stadt so offensiv an ein Planungsvorhaben, auf Grundstücken die ihr nicht gehören, herangegangen. Noch nie. Ich erinnere mich oft an kritische Stimmen und Vorwürfe, daß die Stadt nicht geplant hätte, daß nicht zueinander passende Widmungen in irgendwelchen Gebieten der Stadt aufgetreten wären oder Bausünden begangen wurden. Darüber hat sich der Gemeinderat oder haben Mitglieder des Gemeinderates jahrelang delectiert. Jetzt machen wir einen ausgesprochen kühnen Schritt, wie er noch nie getan wurde. Wir fallen denen in den Arm, die Grundstücke an irgendwelche Investoren verkaufen wollen und sagen, Planungshoheit bitte schon noch in der Stadt. Bevor ihr den Deal macht, liebe Freunde, werden wir abklären, daß wir die gebotene Qualität in dieser zentrumsnahen Lage zustande bringen, treten in Vorlage, anders geht das nämlich nicht, nehmen S 1,150.000,-- in die Hand, loben einen städtebaulichen Bewerb aus, damit wir diese Qualität erreichen und dann stelle ich fest, daß hier herinnen um Vorgänge im Zusammenhang mit diesem Bewerb, von ihnen Herr Dr. Pfeil, debattiert wird und die „Roten“ glauben, daß ihnen das Rathaus gehört. Also solche Debatten muß man in so einem Zusammenhang einmal führen. Ich muß ihnen folgendes sagen. Wir haben die besten Fachleute bemüht, daß wir dort, auf einem Grundstück was uns nicht einmal gehört, auf so eine Qualität kommen, bevor an irgendwelche Billa's oder sonstige Interessenten und Investoren verkauft wird. Also, wir haben uns eingemischt. Wir nehmen offensiv unsere planerischen Möglichkeiten im Sinne eines qualitativen Städtebaus wahr. Normalerweise müßte der Gemeinderat applaudieren. Wir können uns das auch leisten, weil wir die 1,5 Millionen Schilling erwirtschaftet haben. Siehe Nachtragsvoranschlag. Ich habe auch spontan gesagt, Herr Dr. Pfeil, wenn sie das lesen wollen, Prof. Breitling hat es halt in Kurzform vorgetragen, dann können sie es selbstverständlich lesen, aber ich möchte nicht, daß alles und jedes, was wir in einem Ausschuß beraten, in der Zeitung steht. Das ist ja unser Problem. Kaum wird in einem Ausschuß, der vertraulich ist, über das haben wir schon öfters gesprochen, und sei es gerade auch im Prüfungsausschuß der besonders vertraulich ist, irgendein Papier auf den Tisch gelegt, rennen die schon hinaus und sagen, bitte ich weiß was. Schon liest mir der Journalist aus unserem Amtsbericht vor. Das ist in Wirklichkeit eine schwache Partie, möchte ich euch sagen, was wir auf diesem Gebiet spielen. Daher haben wir gesagt, lest euch das durch, aber wir vervielfältigen es nicht und geben es nicht hinaus, weil sonst lesen die Architekten die Unterlagen für diesen Bewerb früher als sie die Dienstopost bekommen oder abholen können. Das ist halt meine Befürchtung und die besteht nicht zu Unrecht. Im übrigen kann man natürlich einen offenen Bewerb, Frau Kollegin Frech, oder man kann einen geladenen Bewerb machen. Beide Vorgänge sind möglich. Jetzt gibt es da einige Leute, die haben tatsächlich mehr Erfahrung als sie. So ein Mensch wie der Prof. Breitling oder solche, die

ununterbrochen mit diesem Architektenwettbewerb in letzter Zeit zu tun hatten, unsere Fachabteilungsleitung in diesem Bereich, selbst Architekten, usw. Schauen sie, ich lasse ihnen ja gerne ihre Meinung, daß sie für einen offenen Bewerb sind. Es ist ja so super, wenn sich 80 bewerben, damit wir dann einen großen Prozedere haben, damit wir dann etwas Vernünftiges herauskletzeln. Das haben wir alles schon gehabt. Ich erinnere, das haben wir gerade zur Zeit in Bearbeitung. Architektenwettbewerb, 24 Teilnehmer, Knoglergründe. 3 Häuser haben sie hingebaut, kommen die Genossenschaften und sagen, bitte, wir möchten gerne umplanen, dürfen wir das, es ist nicht richtig so, wir bringen die Wohnungen eigentlich nicht an, das will keiner. Haben sie Prof. Breitling, selbst Architekt, hochrangiger Planer, im Ohr was er gesagt hat? Er sagt: „Die Garantie gibt es nicht dafür, nur weil Architekten an einen Bewerb teilgenommen haben.“ Es kommen natürlich gute Ideen. Ich will auch gute Ideen haben. Aber, er hat das sehr konkret angeführt. Natürlich kann man sagen, mein Gott, er hat kein Kino hingeschrieben oder er hat kein Hotel oder das oder das nicht hingeschrieben. Er hat die Rahmenbedingungen hingeschrieben. Meiner Meinung nach sehr professionell. Was wir dort wollen ist diese städtebauliche Studie, die auch hier etwas von Baumaßen, von Plätzen, von Anordnungen, von Beziehungen die dort sinnvollerweise hergestellt werden sollen, eingehen. Wir hoffen, daß sich die Verkäufer dieser Grundstücke mit diesem Ergebnis anfreunden können. Wir müssen schauen, daß wir das, nachdem wir es vorliegen, abgeklopft und unsere Meinung dazu geäußert haben, halbwegs umsetzen können. Mehr kann ja das nicht sein. Es ist ein erstes Bemühen, so quasi in die Zukunft planen, eigentlich gar nicht auf einem Bereich wo wir das sagen haben so etwas zu tun. Wenn der Prof. Breitling gesagt hat, was sie offenbar negativ verstehen: „Wenn sich jemand daran nicht orientieren möchte, dann hat er einen dornigen Weg vor sich.“ Das ist ja positiv, weil wir wollen ja die Qualität haben. Verstehen sie mich? Ich unterstelle jetzt nichts Böses, aber wenn ich Grundstücksbesitzer bin ist das möglicherweise, noch dazu wenn ich vielleicht weit weg von der Stadt Steyr zuhause bin, hauptgut mehr interessant, wenn ich dort S 3.000,-- für den Quadratmeter bekommen als möglicherweise S 1.200,--. Nicht. Nehmen wir an, ich sitze in Kanada. Wissen sie, es muß nicht unbedingt sein, wenn man in Kanada sitzt, daß einem die Qualität der Stadtplanung und -entwicklung in Steyr hauptsächlich interessiert. Nicht wahr. Das ist der Hintergrund, warum wir uns um unsere Angelegenheiten dort kümmern. Wenn er halt eine Supermarktwidmung hätte, wäre es fein, für den, der den Grund verkauft, weil dann kann er einen gute Preis erzielen, nämlich den besten Preis. Da spielen halt schon recht plausible Interessen mit und wir stehen eigentlich, und da bekenne ich mich dazu, durchaus auch für das Verhindern, wenn dort etwas passieren sollte, was dieser Qualität, die wir uns vorstellen, zu sehr abträglich ist. Das ist etwas Gutes und nichts Schlechtes und zu dem sollten wir uns bekennen. Daher ist diese Auslobung dieses Bewerbes eine gute Sache und man kann ein bißchen diskutieren ob das der oder der Architekt sein soll. Wir haben auch dort hingesehen. Wir wollen nicht an den Steyrer Architekten vorbeigehen und wir sind aus Steyr. Wir wollen aber auch die bestmögliche Qualität haben. Sie können es sich nicht untereinander ausschnapsen, wie man es so schön sagt, sondern wir haben drei Preisträger von städtebaulichen Architektenwettbewerben in letzter Zeit dazu gesetzt, damit für Qualität, für Überschaubarkeit, für Bearbeitbarkeit gesorgt wird und für einen Zeitraum, den wir nämlich der Steyr-Daimler-Puch AG und den anderen Grundbesitzer auch trösten kann, daß er das erwartet, weil es ihm auch nützt, wenn er die Gründe verkaufen will, im Gespräch mit den Interessenten und Investoren. Insofern eine gute Geschichte und sie könnte einstimmig beschlossen werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand (SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL). Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Eine Enthaltung (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich würde dem „Hohen Gemeinderat“ eine Pause von 20 Minuten vorschlagen.

Pause von 16.40 Uhr bis 17.15 Uhr

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, ich ersuche die Plätze einzunehmen. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Kollegen Vzbgm. Tatzreiter um seine Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Veränderung des Hausverwaltungsvertrages. Ich bitte, wie im Amtsbericht dargestellt, nämlich im Zusammenhang der Bauüberwachung bzw. der Honorare, der Bauaufsicht in der Größenordnung von 5 %, das leider im bisherigen Vertrag nicht beinhaltet ist. Es stellt sich jetzt heraus, daß mehrere Sanierungen bzw. Umbauten notwendig sind, bei den gemeindeeigenen Wohnbauten bzw. überhaupt bei den Häusern. In diesem Zusammenhang ist es

zweckmäßig, daß die GWG, welche die Verwaltung darüber führt, auch gleichzeitig diese Überwachung bzw. diese Ergänzung, diesen Nachtrag erhält. Ich bitte den Nachtrag 2, im Zusammenhang dieser Anmerkungen, zu beschließen und ich bitte auch, so wie im Amtsbericht dargestellt, den Antrag zu genehmigen.

Der Antrag an den Gemeinderat lautet:

GHJ2-72/98 Hausverwaltungsvertrag mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr;
Abänderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 10. November wird dem Nachtrag zum Verwaltungsvertrag vom 13.6.1994 entsprechend dem beigeschlossenen Vertragstext zugestimmt. (Beilage)

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Frau Kollegin Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Wir haben es hier mit einem Antrag zu tun, wo es um eine Vertragsänderung mit der GWG geht. Im Prinzip geht es darum, daß sich dadurch auch eine Erhöhung, letztlich auch für die Mieter ergibt. Eine die zugegebenermaßen auf den ersten Blick nicht sehr hoch klingt. Nämlich eine Belastung jener Umfang der Sanierungsarbeiten zwischen 25 und 40 Groschen je m² und Wohnung. Dadurch, daß das aber umgelegt wird, diese 5 % Verwaltungskosten, auf die m²-Anzahl, wird es so sein, daß bei Gebäuden, wo die m²-Anzahl nicht sehr hoch ist, natürlich der Einzelne vom Betrag her um einiges mehr zahlen wird. Die Geschichte ist jetzt die. Wir, als Stadt Steyr, dürfen kein großes Interesse daran haben, daß es diesen Verwaltungskostenbeitrag gibt, für den die Mieter aufkommen müssen. Das Land OÖ zahlt zwar derzeit dazu, ist aber keine Gewähr, daß sie diese Förderung auch in Hinkunft immer zahlen werden. D. h., es ist eine zusätzliche Belastung für den Bürger. Im Prinzip dürften wir da nicht dafür sein. Warum wir trotzdem dafür sind hat einen einfachen Hintergrund. Das ist der, auf den ich ein bißchen eingehen möchte. Das war nämlich schon lange ein Thema. Das ist die Unvereinbarkeit zwischen der Funktion im Stadtsenat und der Funktion im Aufsichtsrat. Die Besetzung von Aufsichtsratsmitgliedern ist in Österreich generell von einer langjährigen Unkultur geprägt, weil statt im Aufsichtsrat ein kontrollierendes, überwachendes und beratendes Organ zu sehen, wird es häufig als Alibifunktion mißbraucht. Steyr macht da leider keine große Ausnahme, weil der Aufsichtsrat der GWG ist völlig ident mit dem Steyrer Stadtsenat nur abzüglich der beiden Eigentümervertreter, Bürgermeister und Vizebürgermeister Pfeil, sonst ist der Aufsichtsrat der GWG völlig ident mit dem Stadtsenat. Das muß man sich einmal vorstellen. Die selben Personen die im Stadtsenat die Interessen der Stadt und damit auch der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten hätten müssen sich im Aufsichtsrat hingegen für die Interessen der GWG einsetzen und die, und das liegt ganz einfach in der Natur der Sache, mitunter diametral zu jenen der Stadt bzw. zu der Bürgerinnen und Bürger stehen. Ein ganz einfaches Beispiel. Im Sinne der GWG ist es, sicherlich sehr hohe Mieten zu verrechnen. Im Sinne der Stadt und der Bürger sind niedrige Mieten das Ziel. Wenn ich aber in beiden Funktionen sitze, wenn ich einmal in der Rolle des Stadtsenates bin und dann wieder im Aufsichtsrat, wo ich einen völlig anderen Zugang zu dem Thema habe, dann frage ich mich, wie man das auf die Reihe bringen kann. Bei diesem Vertrag ist es ähnlich. Als Stadtsenatsmitglied muß man eigentlich gegen diesen Vertrag stimmen, da er die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet und es auch keine rechtliche Notwendigkeit gibt, welche die Stadt zwingen würde einen derartigen Vertrag mit der GWG abzuschließen oder abzuändern. Es ist ja heute auch schon einmal zitiert worden, da sind wir rechtlich dazu verpflichtet. In diesem Fall gibt es überhaupt keine rechtliche Verpflichtung das zu machen. Wir tun es aber trotzdem, weil als Aufsichtsratsmitglied muß man natürlich selbstverständlich für diesen Vertrag stimmen, da er die Ertragssituation des Unternehmens verbessert. Als Stadtsenatsmitglied und zugleich Aufsichtsratsmitglied befindet man sich wohl oder übel in einem unlösbaren Dilemma. Oder anders formuliert - in einer absoluten Unvereinbarkeit. Dieses Dilemma müßte aber nicht sein, wenn die Stadt Steyr das tun würde, was sämtliche Unternehmensberater und auch der ehemalige Sektionschef des Rechnungshofes empfehlen. Nämlich, daß der Stadtsenat, das Thema, Vorstand eines Unternehmens, ist heute schon gefallen, in seiner Funktion als Vorstand des Unternehmens Stadt Steyr nicht selbst Mitglied des Aufsichtsrates sein soll, weil dadurch ganz einfach eine sinnvolle Kontrollspanne verloren geht. Die Aufgabe wäre es vielmehr, für eine optimale Besetzung und Arbeitsweise dieses Kontrollgremiums zu sorgen. Es steht nämlich nirgendwo geschrieben, daß in diesem Aufsichtsrat der GWG die Stadtsenatsmitglieder der Stadt Steyr sitzen müssen. Das sollen Leute sein, die einen kompetenten, einen unabhängigen Zugang dazu haben und sich in keinem Rollenkonflikt befinden. Ein Ausschließungsgrund hätte für jene Personen zu gelten, die in einer relevanten Geschäftsbeziehung zur betreffenden Unternehmung stehen. Das ist für mich schon bei Stadtsenat und Aufsichtsrat der GWG gegeben. Daß das rechtlich erlaubt ist, ändert aber nichts daran, daß es einer politischen

Korrektheit nicht entspricht. Deshalb würde ich wirklich dafür apellieren, sich zu überlegen, ob man nicht eine andere Struktur dieses Aufsichtsrates finden sollte, indem man Personen hineinsetzt, die neben dem vorauszusetzenden Engagement, Einsatzfähigkeit, vor allem Unabhängigkeit mitbringen, technisches und betriebswirtschaftliches Verständnis und Fachkompetenz für Controlling usw. Daher die Forderung einer Reform der Besetzung des GWG-Aufsichtsrates, weg mit den derzeitigen Istgleich-Zeichen von Stadtsenat und Aufsichtsrat, hin zu einem wirklichen Kontrollorgan wo es nicht ständig diese unterschiedlichen Interessen gibt. Ich darf sie erinnern, daß das bereits im letzten Gemeinderat ja ein Thema war, wo es um diesen Vertrag mit der GWG gegangen ist, wo wir der GWG praktisch einen Kaufpreisminderer gewähren, was wir normalerweise niemals tun würden, wenn wir die Interessen der Stadt vertreten. Da war aber natürlich wieder das Dilemma zwischen Aufsichtsrat und Stadtsenat, weil die handelnden Personen ident sind. Das geht ganz einfach nicht. Selbst wenn jeder von ihnen, die in diesem Aufsichtsrat und im Stadtsenat sitzen, den Willen dazu mitbringt das unabhängig zu handhaben. Es geht ganz einfach nicht. Ich würde sie daher ersuchen, das auch einmal zum Thema zu machen, zu einer Reform dieses Aufsichtsrates.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, vor allem wertige Mitglieder des Stadtsenates. Ich stelle einmal fest, daß sie alle total inkompetent sind und total gegen die Interessen der Stadt agieren.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Das hat ja niemand gesagt.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Liebe Frau Kollegin Frech. Ich sage Frau Kollegin Frech jetzt hinkünftig. Die GWG der Stadt Steyr ist ja bekanntlicherweise auch eine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft. Wenn sie jetzt hier herausgehen und uns verkünden wollen, eigentlich müßte der Aufsichtsrat der GWG der Stadt Steyr so agieren, daß es für den Mieter teurer kommt, dann muß ich sagen, bin ich heilfroh, wenn die Mitglieder des Steyrer Stadtsenates gleichzeitig auch die Mitglieder des Aufsichtsrates der GWG der Stadt Steyr sind. Sie waren ja hier in diesem Gremium noch nicht vertreten, da hat uns der Stadtsenat, also die Mitglieder des Stadtsenates, in ihrer Funktion als Aufsichtsräte der GWG der Stadt Steyr sehr eindrucksvoll vorgeführt, daß sie eben die soziale Kompetenz, im Gegensatz zu anderen Wohnungsgenossenschaften, besitzen, nämlich wie es darum gegangen ist, wie wir hier in diesem Gemeinderat eine Resolution beschlossen haben, daß die gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften nicht die Höchstsätze der Kategoriemietzinse ausnützen, sondern nach einer bestimmten Vorgangsweise, eben im Sinne des Mieters, diese Sätze nicht ausnützt. Die GWG der Stadt Steyr war die erste Wohnungsgenossenschaft, aufgrund des Beschlusses des Aufsichtsrates, die das durchgeführt hat. Würden wir diesen Aufsichtsrat von der Stadt her so besetzen wie es z. B. bei der WAG ist, die kümmern sich nämlich einen „Deut“ darum, um es ganz gewöhnlich hier auszudrücken. Die verrechnen beinah die höchsten Mieten. Ob das dann im Sinne unserer Intentionen als Stadt ist, wenn wir den Aufsichtsrat der GWG so besetzen wie sie es meinen, dann würde das 100%-ig eine gewaltige Mieterhöhung für alle Mieter der GWG unserer Stadt bedeuten. In diesem Sinne bin ich froh, daß wir diese Form, wie sie es hier vorschlagen, nicht wählen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Kollege StR Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte wirklich nicht viel dazu sagen. Es gäbe im Prinzip ja nichts dazu zu sagen. Mich hätte es aber gewundert Frau Kollegin, wenn sie es nicht besser gewußt hätten wie es schon wieder anders geht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Das sagt sogar der Rechnungshof.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es hätte mich gewundert. Vielleicht ist nicht die Länge einer Sitzung unbedingt das, wie man die Qualität einer Sitzung beurteilen muß. Aber eines, wenn sie sich schon damit beschäftigen, dann sollten sie sich damit gescheit beschäftigen. Es ist in der freien Wirtschaft gang und gäbe, daß Manager in Tochterunternehmen als Aufsichtsräte drinnen sitzen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Das ist genauso falsch.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich weiß von was ich rede, weil ich in so einem Unternehmen tätig bin. Natürlicherweise, Frau Kollegin, hat der Eigentümer schon Interesse hier in seinem Tochterunternehmen, mitzugestalten und mitreden zu können und die Linie und die Richtung vorzugeben. Ich sitze auch im Aufsichtsrat, sie haben es eh gesagt, und der Herr Bürgermeister und der Vizebürgermeister als Eigentümerversorger und wir als Stadtsenatsmitglieder im Aufsichtsrat, und ich habe noch keine einzige Sekunde hier das Problem oder Gefühl gehabt, daß ich irgendwo befangen oder in einem Abhängigkeitsverhältnis bin. Ich weiß nicht zu wem ich ein Abhängigkeitsverhältnis haben sollte. Erstens bekommen wir kein Geld, das was sehr stark Ausdruck sein kann, in einem Abhängigkeitsverhältnis zu sein. Wir sitzen dort nicht als honorierte Aufsichtsräte drinnen, wie das in der freien Wirtschaft ist, sondern wir vertreten die Interessen der Stadt in unseren Tochterunternehmen. Der Kollege Oppl hat ja das eh ausführlich gesagt, daß in dieser Funktion sehrwohl lenkend und richtungsweisend eingegriffen werden kann, weil nur ein Unternehmen managen, ausgliedern zu lassen von der Stadt in eine eigene Gesellschaft und die dann alleine agieren lassen, nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, weil das wäre nämlich in einer GWG, im klassischen Sinne müßte die ja rein nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten agieren und vorgehen. Da gibt es schon andere Interessen. Die versuchen wir schon auch im Interesse unserer Bewohner und Bewohnerinnen da positiv mitzubeeinflussen. Natürlich wollen wir auch in weiterer Linie den Wohnungsbau, der auch dort diskutiert wird, mitgestalten und als Eigentümerversorger mitreden und nicht nur den Geschäftsführern alleine das Agieren und die Tätigkeit übrig lassen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Dann würde ich den Herrn Referenten um das Schlußwort bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich bin ein bißchen verwundert. Über den Fleiß der Frau GR Mag. Frech bin ich nicht verwundert, aber über die Qualität im Zusammenhang und vor allem über die Bezeichnungen, daß der Rechnungshof Kritik übt oder das beanstandet. Es ist jetzt bei einigen Diskussionsrednern herausgekommen, um was es dabei eigentlich geht. In diesen Vertrag, um den wir heute reden und den wir heute beschließen sollten, geht es ausschließlich um die billigsten Wohnungen. Können wir uns vorstellen, daß vielleicht die GWG, wenn wir hier gar nicht entschieden hätten, überhaupt den Vertrag übernommen hätte? Das ist nämlich die Kernfrage. Eine jede andere GWG, wenn sie nämlich nicht in der Abhängigkeit des Gemeinderates gezwungen, sozusagen bestimmt zu sein, daß sie auch diese Verwaltung mitübernehmen müssen, hätten die wahrscheinlich nein dazu gesagt. Es geht ausschließlich, und ich bitte jetzt nachzudenken, um die Kosten die wir sowieso auch als Gemeinde bezahlen müßten. Wenn dort nämlich Sanierungen, Planungen, Arbeiten vorgenommen werden, dann müßten wir irgendwem fremden damit beauftragen. D.h., es sind sowieso Kosten, die anfallen. Die GWG hat nur den Anspruch gestellt, und das sei erlaubt, daß sie nämlich sagt, die Bauausführungen die da gemacht werden müssen, daß sie wenigstens diese Kosten in Rechnung stellen kann, daß die Gemeinde die Kosten abzugelten hat. Nämlich was die Umbauten, die Ausbauten, die Sanierungsmaßnahmen, alles was da passiert, da ist überhaupt noch nicht von der Tätigkeit geredet worden, die sowieso in der Verwaltung sind. Ich glaube nicht, daß es billiger wäre, wenn wir dort Aufsichtsräte von irgendwo hineinschieben. Wie wir wissen, kosten die Aufsichtsräte, ganz gleich wo sie sitzen, zumindest Sitzungsgeld. Das wäre zusätzlich zu dem, wo wir sowieso als Funktionäre hier herinnen sitzen, hätten wir dann noch Aufsichtsräte, die wir noch bezahlen müssen. Also, in diesem Zusammenhang würde ich bitten, das wirklich von der strengen Kalkulation und von der Rechnung her zu überdenken, Frau Magister und ich würde sie bitten, daß sie dem zustimmen. Sie haben eh gesagt, sie stimmen zu. Es war eben nur eine Mußanmerkung ihrerseits. Den Zweifel habe ich eh nicht, daß sie nicht fleißig sind, aber wie gesagt, die Qualität hat mich in diesem Fall ein bißchen sauer aufstoßen lassen, das muß ich ehrlich sagen, weil es eine Kostenfrage ist. Wir sollten uns danach halten, daß wir so billig als möglich und so günstig als möglich den Mietern, die sich nichts teureres oder sogar ein Eigenheim leisten können, das anbieten können, wo sie auch existieren können. Ich muß das wirklich so sagen, weil manche sonst gar nichts hätten. In diesem Zusammenhang sind wir als Kommune verpflichtet, daß wir denen helfen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ein Wort möchte ich als Bürgermeister und Kapitalvertreter ohne eigenes Kapital noch dazu sagen. Unser Problem in unserer GWG ist das, zum Unterschied von den anderen GWG's und Wohnungsgesellschaften, daß wir es mit einem Publikum zu tun haben, mit einer Zielgruppe von

Wohnungssuchenden und Mietern, die anderswo nämlich nicht unterkommen. Der Prüfverband macht uns immer aufmerksam, daß wir eigentlich schauen müßten, daß wir möglichst wenig Mieten ausständig haben. Das sind nämlich ganz erhebliche Beträge. Wir könnten das natürlich mühelos nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten realisieren, wenn wir das täten. Das würde uns immer nur einen „blauen Brief“ kosten. Wir müßten die Herrschaften dann delogieren. Das sieht nämlich das Gesetz vor wenn einer nachhaltig die Miete nicht entrichtet. Nur weiß ich nicht was wir dann täten, ob wir nicht noch einmal eine GWG, für die, die keinen Zins zahlen, machen. So ungefähr wäre das. Da gibt es natürlich die „edlen“, Wohnungsgesellschaften, die sich das Volk, die Mieter besser aussuchen können. Diejenigen, die für die zuständig sind, die am unteren Ende der sozialen Fahnenstange leben, das ist die GWG der Stadt und die Häuser die im unmittelbaren Stadtbesitz befindlich sind. Jetzt haben wir aus ökonomischen Überlegungen gesagt, nachdem die die Ressourcen, Erfahrungen und all das haben, sollen sie doch auch diese Häuser, die der Stadt direkt gehören, mitverwalten. Das war ja ansich nicht falsch. Aus diesem Umstand heraus kommt es zu diesen Vertragsanpassungen und -änderungen. Ich glaube, wenn wir da nicht wirklich unsere Gestion massiv ändern wollen, und das würde natürlich wirklich unbillige, soziale Härten und neue Notsituationen in der Stadt auslösen, dann sind wir wahrscheinlich trotz allem, obwohl es uns nicht immer freut was da passiert, weil ich auch der Meinung bin, daß die Leute ihr Geld schon für die Grundbedürfnisse zuerst verwenden sollen und das ist halt einmal Wohnen, Bekleidung usw., und sie tun halt das auch nicht immer. Da müssen wir auch Erziehungsprozesse starten. Aber dennoch, wenn wir gute Stadtväter und -mütter sein wollen, müssen wir schauen, daß möglichst alle ein Dach über den Kopf haben und müssen uns auch diesem Klientel gegenüber trotzdem auch in einer Weise verhalten, wie wir das nämlich eh tun. Ich glaube auch nicht, daß man das ändern sollte.

Nunmehr komme ich zur Abstimmung. Wer für diese Vertragsänderung ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nr. 6) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Ankauf von Schutzjacken und Einsatzanzüge für die Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr. Es entspricht nicht mehr der ÖNORM wie die Feuerwehr jetzt gekleidet ist, im Bezug auf Schutz und der Schutzbestimmungen. In diesem Zusammenhang ist es zweckmäßig 220 Schutzjacken bzw. 220 Einsatzanzüge anzuschaffen. Ich bitte auch, weil es im Budget vorgesehen war bzw. im ordentlichen Haushalt auch einen Kostenansatz dafür gibt, in der Teilung dieser Beschaffung auch der Finanzierung über die Anzüge und Schutzjacken hier den Beschluß zu fassen, damit die Feuerwehr nicht persönlich und vor allem auf ihrer Gesundheit keinen Schaden erleidet. Ich bitte in der entsprechenden Form den Antrag auch so zu sehen. Der Gesamtaufwand beträgt, aufgrund der Anbieter, in diesem Fall ist es die Firma Rosenbauer aus Leonding, S 1,323.000,-- inkl. MWSt. Die anderen haben entweder kein Anbot gelegt bzw. sind sie vom Leistungsverzeichnis her nicht in Erfüllung gegangen, weil sie nicht dementsprechende Qualität angeboten haben. Ich darf den Gemeinderat bitte, den Antrag zu beschließen.

FW-14/98 Ankauf von Schutzjacken und Einsatzanzügen für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 4.11.98 wird dem Ankauf von 220 Schutzjacken und 220 Einsatzanzügen für die Freiw. Feuerwehr Steyr zum Preis von S 1.323.000,-- inkl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden für das Rechnungsjahr 1998 Mittel im Ausmaß von **S 800.000,-- (achthunderttausend)** bei der VA-Stelle 1/163000/043300 freigegeben.

Der Restbetrag von S 523.000,-- ist im Budgetjahr 1999 zu berücksichtigen.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Gibt es Einwendungen? Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Tatzreiter. Ich ersuche als nächsten Berichterstatter den Kollegen StR Bremm ans Rednerpult zu kommen.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. In meinem Antrag geht es um die Weiterführung der Deponieentgasung zwischen Etage II und III. Es ist hier ausführlich im Amtsbericht beschrieben. Es geht hier um eine Summe von insgesamt S 783.093,01. Für das heurige Rechnungsjahr 1998 sollen Mittel in der Höhe von S 380.000,--

freigegeben werden. Ich ersuche um Zustimmung.

ÖAG-Müll-4766/88

Mülldeponie Steyr; Weiterführung der Deponieentgasung; Detailprojekt Entgasung zwischen Etage II und III samt Adaptierung der Förderleistungen; Vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 29.10.1998 wird der Auftragsvergabe an den Best- und Billigstbieter, Firma Alpine, Traufkirchen/Pram, in Höhe von S 783.093,01 exkl. USt. grundsätzlich zugestimmt.

Für das Rechnungsjahr 1998 werden Mittel in Höhe von **S 380.000,-- exkl. USt. bei VSt 5/852100/050000** freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Einstimmige Annahme. Ich danke dem Kollegen Bremm. Nächster Berichterstatter ist Kollege StR Eichhübl.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe heute bereits angekündigt, daß ich ebenfalls nicht erfreut vor sie hintreten werden um einen Erhöhungsantrag einzubringen. Allerdings, wie ich glaube, unter anderen Voraussetzungen. Ich habe heute auch bereits weiters angekündigt, daß es aufgrund von Indexanhebungen, aufgrund von Kalkulationen dort und da notwendig sein wird Anhebungsbeschlüsse zu fassen. Bei diesem heute hier von mir einzubringenden Antrag geht es darum, daß einerseits die Wasserleitungsanschlußgebühr um den Indexprozentsatz von 0,90 % anzuheben wäre und in weiterer Folge auch die Wasserbezugsgebühr von bisher S 11,-- auf S 11,60 anzuheben ist. Die S 2,20 für die Reinhaltung bleiben gleich. Die Begründung dieser 60-Groschenanhebung, was im übrigen ein Prozentsatz von 5,5 ist, ist insofern gerechtfertigt, als daß diese auf Grundlage einer Kalkulation basiert. Ich darf ihnen daher folgenden Antrag zur Beschlußfassung vortragen.

Stw-90/96 Wassergebührenordnung; Änderung zum 1.1.1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 27. Oktober 1998 wird die in der Anlage beigezeichnete Verordnung betreffend die Änderung der Wassergebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1.1.1999 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (Beilage)

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten über meinen Antrag, den ich hier dargelegt habe, die Diskussion bzw. Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Kollege Bremm. Bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nur ganz kurz. Auch diese Erhöhung macht uns nicht unbedingt Freude. Ich glaube aber, daß wir hier die Verantwortung tragen und wir werden diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Doch, eine noch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech. Entschuldigung, sie zeigen auf einmal so zaghaft auf. Was ist denn los mit ihnen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Es ist schon eigenartig wie ansich relativ ähnliche Erhöhungen unterschiedlich in der Diskussion argumentiert werden. Der Kollege Eichhübl hat das eigentlich sehr schön argumentiert, daß die Erhöhung in diesem Fall ja nicht sehr viel ausmacht. Faktum bleibt aber, hier haben wir wieder die Richtlinie vom Land, wir müssen einen Mindestbetrag von brutto S 13,75 für den Kubikmeter Wasser verlangen. Wir verlangen jetzt dann aber wieder brutto, weil der Bürger muß es ja inkl. Steuern zahlen, S 15,18. D.h., wir verlangen 10 % mehr als das Land uns vorschreibt. Diese S 13,75 sind die Mindestvorschrift des Landes. Wir verlangen S 15,18. Das sind 10 % mehr als das Land vorgeschrieben hat. Da kann man auch darüber diskutieren. Das andere, wo wir den gleichen Punkt haben wie zuerst, daß wir wiederum für die Folgejahre Mindeststeigerungen von jeweils mindestens 50 Groschen pro Kubikmeter und Jahr festlegen bis ins Jahr 2004. Wir beschließen also nicht nur eine Erhöhung ab 1.1.1999 sondern wieder ident, wie einer der Anträge vorher, bis ins Jahr 2004. Das möchte ich nur als kritische Anmerkung anbringen um diese optimistische Argumentation die da gefallen ist, ein bißchen zurecht zu rücken.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke Herr Bürgermeister. Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich hätte mich ja gewundert, wenn die Frau Kollegin Frech nicht doch noch ein Heu in der Suppe gefunden hätte. Ich freue mich aber trotzdem Frau Kollegin Frech, daß sie sinngemäß gesagt haben, ich habe die Begründung sehr schön vorgebracht. Die war nicht nur sehr schön, möchte ich hier ergänzen, sondern hat auch tatsächlich einen Sinn gehabt und auch seine Begründung insofern, daß auch, und das haben sie nicht gesagt, im Amtsbericht drinnen steht, bezüglich der automatischen Anhebung, daß trotz dieser Situation jährlich eine Kalkulation durchgeführt wird. Ich könnte jetzt auch eine Reihe von Begründungen anführen, wie beispielsweise der Kollege Spanring das gemacht hat, bezüglich der Reinhaltungsmaßnahmen, bezüglich der Kläranlage usw. Ich möchte mir das ersparen. Ich möchte bitte aber auf eines hinweisen, weil das sehr interessant ist und es mich wundert, daß die Frage nicht aufgetaucht ist, was man sich denn an Mehreinnahmen erwartet, aufgrund dieser Anhebung pro Kubikmeter 60 Groschen + 10 %. Das ist deswegen sehr schwer eruierbar, weil die Wasserverbräuche, und jene, die sich bereits die Grundlagen des Jahres 1997 angesehen haben, werden erkennen, daß da ständig sinkende Wasserverbräuche festzustellen sind. Und zwar: Der Rückgang, um nur ein Beispiel zu nennen, beträgt im allgemeinen Wasserverbrauch 2,01 % und im gewerblichen Bereich 14,25 %. Das ist also ein Beweis dafür, daß mit dem Überlebensmittel Trinkwasser oder Wasser generell sehr sorgsam umgegangen wird. Das nur als Ergänzung zu meinen vorhergehenden Ausführungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Eine Gegenstimme (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich gratuliere Kollege Eichhübl. Dir ist deutlich leichter. Nächster Berichterstatter ist StR Mayrhofer. Bitte sehr.

be: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag bezieht sich auf die Zufahrt der Schrebergartenanlage im Münichholz. Hier geht es um einen Grundtausch und -kauf mit einer Differenz von 460 m² und einen finanziellen Betrag von S 60.000,--. Es ergeht folgender Antrag an den Gemeinderat:

BauStr-6/98 Ankauf von Flächen der Steyr-Daimler-Puch AG sowie der WAG zur Schaffung einer ausreichenden Zufahrt zur neuen Kleingartenanlage Münichholz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. Oktober 1998 wird dem Abschluß von Kaufverträgen mit der Steyr-Daimler-Puch AG und der Wohnungsanlagen GesmbH zur Schaffung einer ausreichenden Zufahrt zur neugeschaffenen Kleingartenanlage zu den im Amtsbericht dargestellten Bedingungen zugestimmt.

Zur Bezahlung des Kaufpreises, der Grunderwerbssteuer und der mit den Vertragsabschlüssen verbundenen Nebenkosten wird ein Betrag von S 60.000,-- (Schilling sechzigtausend) von der VA-Stelle 5/612100/002300 (Straßenbauten, Errichtung von Geh- und Radwegen) übertragen und bei dieser freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 60.000,-- notwendig, die hiemit

grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der zweite Antrag bezieht sich auf eine Gebührenerhöhung. Allerdings in einem geringeren Ausmaß und zwar eine Indexanpassung in Höhe von 0,9 % für Kanal-Anschlußgebührenordnung. Der Antrag lautet:

GemKan-27/97 Kanalanschlußgebührenordnung; Änderung zum 1.1.1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 27. Oktober 1998 wird die in der Anlage beigezeichnete Verordnung betreffend die Änderung der Kanal-Anschlußgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt mit 1.1.1999 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zum Wort gemeldet hat sich Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Keine Angst, ich übernehme jetzt nicht die Rolle der Kollegin Frech um mich bei jedem Antrag x-mal zu Wort zu melden und mich hier vor dem Gemeinderat hinzustellen. Aber es ist einfach für mich deshalb erforderlich, daß ich zu diesem Thema einige Worte verliere, weil ich das auch bisher immer so gemacht habe. Ich darf aber vorausschicken, daß die freiheitliche GR-Fraktion dieser Indexanhebung bei der Kanalanschlußgebühr die Zustimmung geben wird. Der Grund meiner Wortmeldung ist eigentlich der, daß ich trotz dieser nicht erfreulichen Anhebung einen positiven Aspekt anmerken möchte. Und zwar darf ich ganz kurz zurückblenden auf das Jahr 1994. Das ist ja heute bereits ein paar Mal angesprochen worden, denn da hat es ja auch eine Reihe von Tarifierhebungen in diesen Bereichen, nämlich Wasserbezug und -entsorgung, gegeben. Da habe ich mich zu Wort gemeldet und habe verlangt, daß man über die Kanalbenützungsg Gebühr und die -anschlußgebühr getrennt abstimmt. Das wurde damals nämlich in einem Antrag verpackt und es war für uns sehr schwierig unterschiedliche Positionen, zumindest abstimmungsmäßig, hier vor diesem Gemeinderat darzulegen. Das ist jetzt der positive Aspekt, daß es heute doch so ist, daß diese beiden Anträge getrennt wurden. Was mich ein bißchen wundert, das darf ich nachträglich noch bemerken, früher war es der Vorgänger vom Kollegen StR Mayrhofer, der Kollege Ing. Schloßgangl, der die Aufgabe übernommen hat auch die Kanalbenützungsg Gebühr hier vor diesem Gemeinderat vertreten zu müssen, heute hat diese unangenehme Aufgabe der Herr Finanzreferent übernommen. So ändern sich die Zeiten. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke auch. Gibt es noch weitere Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Ich habe mir eh die ganze Zeit gedacht, der Kollege Mayrhofer baut Kanäle, braucht aus dem Budget ein Schweinegeld, der Kollege Spanring nimmt uns das Geld für den Reinhalteverband wieder weg und ich muß eigentlich die unangenehme Aufgabe übernehmen für die Gebührenerhöhungen einzutreten. Nicht wahr. Interessant. Bei diesen beiden Punkten, wo das jetzt andere Kollegen machen, nämlich Mayrhofer und Eichhübl, da gibt es an und für sich kaum so eine Gegenposition. Das müssen wir nächstes Jahr wieder anders machen, dann ist vielleicht weniger Diskussion.

Schlußwort Herr Kollege.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, ich glaube den Worten des Kollegen StR Eichhübl ist nichts hinzuzufügen. Ich ersuche um Zustimmung zu

diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf den heute schon angesprochenen Fall auf der Ennsleite, eine Kanalsanierung und zwar in der Schiller- und Kammermayrstraße. Ein Straßenstück mit 163 Meter, wo eine Sanierung mit einem Inlineverfahren gemacht wird. Die notwendigen Mittel sind S 600.000,-- und das war auch das, was ich dem Kollegen Pfeil mitgeteilt habe, daß S 500.000,-- für die Sanierung in einem Jahr bei weitem nicht ausreichend sind sondern, daß so ein Betrag für ein extrem kurzes Stück eigentlich schon notwendig ist. Es ergeht der Antrag an den Gemeinderat:

BauT-7/97 Kanalisation Ennsleite; Sanierung des Kanalbestandes; Auftragsvergabe zur Kanalsanierung in der Schiller- und Kammermayrstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 27. Oktober 1998 wird der Vergabe von Kanalsanierungsmaßnahmen (Schlauchrelining DN 500 und Schachterneuerung) für die Kanalisation Ennsleite, Schiller- und Kammermayrstraße, an die Firma Rabmer, Altenberg, 4020 Linz, lt. Angebot vom 28.10.1998, in Höhe von S 600.000,-- exkl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 600.000,-- exkl. MWSt. sind bei Vst. 5/8510/004380 (Sonderanlagen Kanal Ennsleite) vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 600.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung, wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Ich bedanke mich. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf eine Flächenwidmungsplanänderung und zwar in Bezug auf ein Grundstück zwischen Steinerstraße und Anton-Neumayr-Straße. Es geht darum, daß hier ein Grundstück, das für eine Gewerbefläche vorgesehen ist, geändert wird. Hier werden drei Parzellen für Familienangehörige der Familie Ecker gewidmet und die zwingend vorgeschriebene Parkplatzgestaltung auf der Westseite wird geändert, damit eine Baufluchtänderung möglich wird. Es ergeht der Antrag an den Gemeinderat:

BauGru-68/94 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46; Änderung Nr. 8 - R. Ecker - Ennsler Straße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der vorliegende Bebauungsplan Nr. 46 - Änderung Nr. 8 - R. Ecker - Ennsler Straße - wird entsprechend den Plänen der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 26. Mai 1997 sowie nach Maßgabe des vorliegenden Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 9. November 1998 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen. (Beilage)

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wenn sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Mayrhofer und ersuche als letzten

Berichterstatte Herr Ing. Spanring ans Rednerpult zu kommen.

BE: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem ersten Antrag geht es um die Förderung für das evangelische Pfarramt Steyr, die ein neues Gemeindehaus bauen möchten.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Fin-255/98 Evangelisches Pfarramt A.B. Steyr; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 11. November 1998 soll dem Evang. Pfarramt A.B. Steyr, Bahnhofstraße 20, 4400 Steyr für die Errichtung eines neuen Gemeindehauses eine Förderung im Ausmaß von S 700.000,-- (Schilling siebenhunderttausend) zugesprochen werden (Auszahlung in vier Jahresraten).

Für die Auszahlung des Jahresbetrages 1998 in der Höhe von **S 100.000,-- (Schilling einhunderttausend)**

wird eine Kreditübertragung von der VA 5/363000/777100 Altstadterhaltung und Ortspflege, auf die VA 5/390000/777000 Kirchliche Angelegenheiten im genannten Ausmaß bewilligt und auf der zweitgenannten VA freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nr. 14) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung. Es wurde dem Amtsbericht eine Aufschlüsselung der verwendeten Mittel beigelegt. Der Antrag lautet:

Fin-259/98 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 10.11.1998 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 1998 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt S 400.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von **S 400.000,-- (vierhunderttausend)** bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Danach GR Payrleithner.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Alle Jahre wieder Subventionen zur Durchführung der Personalbetreuung im Steyrer Gemeinderat kurz vor Weihnachten. Wir haben diesen Punkt schon ausführlich diskutiert. Jedes Jahr im selben Ton, im selben Umfang und haben einige Punkte kritisiert und über die Notwendigkeit in Zeiten wie diesen und am Ende des 20. Jahrhunderts, daß man jetzt noch Maßnahmen unter dem Titel „Personalbetreuung“ setzt, die nicht mehr zeitgemäß sind. Ich nehme nur den 1. Punkt heraus, Kosten für Sportveranstaltungen. Hier steht, daß die Personalvertretung des Hauses für Wettangeln S 16.974,-- ausgibt. Jetzt kann man dazu stehen wie man will. Ob mir das Wettangeln gefällt oder nicht. Mir gefällt es nicht. Ich habe auch eine sachliche und fachliche Begründung dafür, warum es anderen auch nicht gefällt. In den Erläuterungen zum OÖ. Tierschutzgesetz heißt es in § 5 Abs. 2 Zl. 7: Und dieser nimmt im Rahmen der waidgerechten Ausübung der Jagd oder Fischerei an Tieren

vorgenommenen Handlungen vom Anwendungsbereich dieses Landesgesetzes vorerst einmal aus. Aber die Waidgerechtigkeit ist ein unbestimmter Rechtsbegriff der gewisse Wertvorstellungen und Maßstäbe enthält und insbesondere auch auf die Vermeidung jeglicher Tierquälerei ausgerichtet ist. Sowohl im OÖ. Jagdgesetz als auch im OÖ. Fischereigesetz sind eine Reihe von tierschutzrechtlichen Bestimmungen enthalten, die in einem dynamischen Prozeß weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang ist auf die Fallverordnung in der Jagd und das OÖ. Fischereigesetz und die Wettfischverordnung in der Fischerei hinzuweisen. Wettfischveranstaltungen mit unverhältnismäßig hohen Startgeldern oder unverhältnismäßig hohen Sach- oder Geldpreisen sind generell verboten. Erlaubt sind lediglich Veranstaltungen, bei denen Urkunden, Pokale, Angelgeräte udgl. als Preise ausgeschrieben sind. Für diese erlaubten Veranstaltungen sind weitgehende Beschränkungen vorgeschrieben. Maximal fünf Stunden am Tag. Nur in den Monaten Juli bis Oktober, Verbot von Drahtkäschern und Lebendködern. Keine Besatzmaßnahme innerhalb von zwei Wochen vor der Veranstaltung. Mindestfangmaße und, was mir ganz wichtig erscheint, zwingende Überwachung von dazu befugten Fischereischutzorganen. Darüber hinaus dürfen die Fischer nur mit einer Rute mit einem Haken ohne Widerhaken fischen. Maximal drei Fische dürfen zur Wertung gebracht werden. Sowohl in der jagdlichen als auch in der fischereirechtlichen Ausbildung wird dem Tierschutzgedanken hohe Bedeutung beigemessen und stellen diesbezügliche Gesetzesübertretungen einen Verweigerungs- bzw. einen Entziehungsgrund für die Jagd und Fischereikarte dar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben diese Diskussion nicht ganz so ausführlich vor einem Jahr gehabt. Heuer steht der gleiche Ausdruck wieder drinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Diskussion haben wir nicht so gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In dieser Form haben wir diese Diskussion ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, um das Geld haben wir diskutiert, weil das ist ja der wahre Grund.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In dieser Ausführlichkeit haben wir es nicht diskutiert, aber jedem Veranstalter von Wettfischen udgl. muß es klar sein, daß auch er sich an die gesetzlichen Rahmenbedingungen halten muß. Nachdem das jetzt wieder oben steht, werden wir veranlassen, daß das einmal überprüft wird, ob diese Bestimmungen eingehalten werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Payrleithner. Er tritt jetzt als Betriebsrat dafür ein, daß die Belegschaft Geld bekommt. Ich bin davon überzeugt, daß ich mich nicht täusche.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich könnte es mir jetzt relativ einfach machen, nachdem ja wir dem Budget nicht zugestimmt haben, könnte ich ja jetzt hergehen und gewisse Passagen dieses Amtsberichtes kritisieren und kritisch durchleuchten oder es überhaupt ablehnen. Das tu ich aber nicht, weil ich grundsätzlich schon der Meinung bin, daß es so wie in der Privatwirtschaft, nicht nur in den Steyrer Großbetrieben sondern auch in den kleineren Betrieben, ich nehme an, daß sogar der Kollege Hack mit seinen paar Angestellten eine Weihnachtsfeier macht, ...

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Jetzt kann ich nicht einmal mehr nein sagen.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... auch die Bediensteten des Magistrates, immerhin über 1000, und wenn man das umrechnet, dann sind es 400.000,--, ich weiß nicht, wieviele jetzt in Karenz sind, ungefähr S 400,-- pro Beschäftigten. Ist das richtig Herr Kollege Vollenhofer? Ich bekenne mich grundsätzlich schon dafür, daß man auch für die Bediensteten und gerade im unteren Einkommensbereich haben sie es ja auch teilweise nicht gerade leicht so das ganze Jahr über, vor allem, wenn man jetzt im Winter schaut, der Straßendienst und viele andere Beschäftigte, die ja auch in der Einkommensskala nicht gerade zu den Fachabteilungsverdiensten gehören sondern eher in der unteren Einkommensgrenze liegen und daher vielleicht auch ein paar Mal im Jahr da bedient werden sollen. Was mir schon etwas eigenartig vorkommt, nicht zum Wettfischen sondern, z. B. der Zuschuß zu Schulungen, nicht nur für die Personalvertretung sondern für die Gewerkschaftsschulungen. Meines Wissens nach und dort wo ich als

Personalvertreter aktiv bin ist es so, wenn ein Personalvertreter auf Schulung fährt, dann bezahlt das die Gewerkschaft. Also, warum da der Steuerzahler die Gewerkschaftsschulungen finanzieren soll, ist mir nicht ganz klar. Aber vielleicht kann man das noch aufklären. Der größte Betrag, der größte Einzelbrocken dieses Gesamtbetrages, nämlich über S 300.000,--, gehen für Zuschüsse für Betriebsausflüge auf. Das ist ansich auch keine schlechte Sache nur weiß ich nicht, vielleicht sollten wir uns überlegen, ob wir nicht gleich ein Reiseunternehmen am Magistrat gründen, wenn wir so viel auf Betriebsausflug sind, weil dieser Betrag für die Betriebsausflüge ist doch etwas hoch angesagt. Weil der Kollege Apfelthaler als Vorsitzender des Prüfungsausschusses so begeistert hersieht, würde ich auch einmal vorschlagen, daß man diese Beträge auch einmal vom Kontrollamt überprüfen läßt, wie das überhaupt ausgegeben wird, weil was man so hört, ist es ja mit den Auszahlungen im Rathaus, betreffend die Kontrolle, eh nicht so weit her.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das fehlt mir gerade noch.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Nachdem der Betrag von S 400.000,-- aber nicht so ohne ist, und ich glaube, er waren in den letzten Jahren ja nicht mehr S 400.000,-- sondern etwas niedriger. Stimmt das Herr Kollege Spanring? Ich kann mich erinnern, wir haben einmal eine Abänderung auf S 350.000,-- oder S 360.000,-- beschlossen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Wir haben auch schon S 500.000,-- gehabt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Ich könnte mir schon vorstellen, daß wir auch heuer einen Beitrag auf der Ausgabenseite zur Einsparung leisten und ich habe daher einen Abänderungsantrag vorbereitet, den ich jetzt den Herrn Bürgermeister geben werde, daß wir um 10 % kürzen, auf S 360.000,-- das reduzieren, dann wird sicher jeder zustimmen.

Abänderungsantrag

zum Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat betreffend Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung stelle ich folgenden Abänderungsantrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 400.000,-- soll um 10 % (S 40.000,--) auf S 360.000,-- gekürzt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Ein Eiertanz ist ein Lercherl dagegen, wie du es machst, muß ich ehrlich sagen. Sagt wenigstens gleich, daß ihr nicht zustimmen möchtet. Das wäre wenigstens ehrlich. Da kann man schon sagen, okay, wenn das die Geisteshaltung ist, daß ich einen Zuschuß für Beschäftigte in einem Unternehmen nicht will, dann ist das schon legitim. Jeder kann dazu eine andere Ansicht äußern. Ihr habt damit wirklich ein Problem. Es ist schon bewundernswert, gerade vonseiten eines Belegschaftsvertreters, der bei uns im Betrieb versucht Opposition in einer anderen Form zu machen und dort Gas zu geben und alles ist zuwenig und sich dann da herstellen und sagen, S 400.000,-- ist eigentlich ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Da ist es vom Steuerzahler, oben müssen wir es uns selbst bezahlen.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Auch die Kolleginnen und Kollegen des Magistrates müssen hier ihre Leistung bringen und das verdienen. Da kann man nicht sagen, weil wir in einem öffentlichen Bereich sind, jetzt bekommen alle am 1. oder am 30. des Monats ihr Geld, ohne daß dafür eine Leistung erbracht wurde. Also, diese Darstellung und der Vergleich, der hinkt noch einmal, lieber Hans Payrleithner. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir führen die Diskussion eh jährlich, daß es in einem anständigen Unternehmen, wo man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch motivieren will, wo man auch die erbrachte Leistung honorieren will, daß es hier einfach dazugehört, daß man im privaten Bereich, im gesellschaftlichen Bereich, einfach etwas dazu tut. Zu den Worten des Herrn Dr. Pfeil kann ich, natürlich auch als Jungfischer, der seit wenigen Monaten die ersten

Gehversuche macht, dem schon beipflichten. Wenn hier wirklich nur ein Wettfischen gemacht werden würde, daß man die Fische nur fängt, die Maße und das Gewicht abnimmt und dann wieder zurück in das Wasser gibt, würde ich ihnen 100 %ig zustimmen. In diesem Bereich, ich war selbst schon einmal dabei, ist eigentlich nur das Wort dazu verwendet worden, es ist aber nicht das Wettfischen sondern es ist ein Ausflug, wo hier gefischt wird, ganz normal gefischt wird und wo dann am Ende des Tages unter den einzelnen Teilnehmern verglichen wird und das ist ganz etwas anderes als das Wettfischen. Ich kann auch nur an die Personalvertretung appellieren, daß man einen anderen Begriff dafür verwendet.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ausflug mit Würmern.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Vielleicht kann man „Wurmbaden“ dazu sagen, weil da gibt es auch welche dabei. Aber Spaß beiseite. Zu einem Punkt noch von dir, Kollege Payrleithner. Das Kontrollamt hier beauftragen die Ausgaben der Personalvertretung zu durchleuchten, da würdest du wiederum bei uns im Betriebsrat der Steyr Nutzfahrzeuge ein fürchterliches Geschrei machen, die Schuhsohlen würden rauchen, du würdest zu der Steyrer Rundschau hinunterlaufen und hineinschreiben, was der Bremm nicht für ein Wahnsinniger ist, daß er dem vielleicht zustimmt und sich das gefallen läßt. Ich glaube, die Personalvertretung ist eine autonome Einrichtung, die von den Kolleginnen und Kollegen gewählt ist und nur diesen gegenüber haben sie die Verpflichtung und hier Rechenschaft abzulegen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier als Unternehmer zu überprüfen und zu kontrollieren, was denn die Personalvertretung mit dem Geld macht und wie ihr es vielleicht nicht für das verwendet, was ich als Unternehmer meine, dann streiche ich dir nächstes Jahr schon wieder etwas herunter. Ich glaube, wir sollten das schon so machen wie es sein soll und wie es den Beschäftigten auch zusteht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Kollegin Freimund.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Ich muß jetzt zuerst einmal sagen, daß ich von der Fischerei überhaupt keine Ahnung habe. Ich esse und fische keine Fische. Daher habe ich auch jetzt relativ viel Bahnhof bei diesen ganzen Begriffen verstanden. Ich verstehe aber eines nicht, wieso man eine Subvention der Stadt Steyr, wir als Dienstgebervertreter des Gemeinderates an die Bediensteten der Stadt Steyr, an so einem doofen Wettangeln aufhängt. Das verstehe ich wirklich nicht, weil da geht es um andere Dinge. Da geht es darum, daß die Personalvertreter für die Stadt Steyr Aufgaben übernommen haben, weil als Dienstgeber ist es meine Pflicht, und das sehe ich auch so und das macht auch jeder Dienstgeber, daß ich Weihnachtsfeiern veranstalte, daß ich Zuschüsse usw. für Ehrungen und einiges mehr, auch für die Pensionistenbetreuung, für die Kinderweihnachtsfeier hergebe. Ich verstehe das wirklich persönlich nicht, daß man die S 400.000,-- auf einer Auflistung aufhängt, die uns in Wirklichkeit da herinnen überhaupt nichts angeht, weil das ist nämlich ein guter Wille, so sehe ich das, der Gewerkschaft, daß die ihre Ausgaben freilegen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Warum beschließt man es dann, wenn es uns eh nichts angeht?

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:
Das sehe ich schon so. Die brauchen es nicht aufschlüsseln. Die brauchen das wirklich nicht machen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Dann bekommen sie aber auch das Geld nicht von uns.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:
Dann machen wir es halt nicht so, dann müssen wir ihnen eben die Aufgabe entziehen, daß sie die Weihnachtsfeiern und diese Sachen, was Aufgabe des Dienstgebers ist, daß das veranstaltet wird, ein Bediensteter des Magistrates so macht. Das verstehe ich nämlich wirklich nicht. Meiner Meinung nach betreiben sie...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das glaube ich, daß sie das nicht verstehen.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Dann sagen sie mir, warum ich das nicht verstehe. Sagen sie es mir Herr Dr. Pfeil. Sie wollen bewußt den Dienstnehmern etwas wegnehmen und das kann ich nicht verstehen und auch nicht akzeptieren, weil wir sollen uns genauso sozial verhalten wie jeder andere Betrieb.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich es ihnen sagen. Es sind hier 1,8 Millionen Schilling ausgewiesen, als Aufwand für die Dienstnehmer und jetzt will man S 400.000,-- als Zuschuß dafür. Es geht nicht grundsätzlich um die Frage ob Weihnachtsfeier oder nicht Weihnachtsfeier sondern es geht um die Subventionierung dieser Ausgaben. Wenn uns das alles nichts angeht, Frau Freimund, und es uns nicht vorgelegt wird, dann wird man wohl über eine Subvention nicht diskutieren können und dürfen.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Aha, so meinen sie das. Ich verstehe das eben anders. Jetzt bin übrigens ich noch am Wort, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben mich ja etwas gefragt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn sie mir ...

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Ja, und ich danke dafür, daß sie weiter gesprochen haben.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Okay, wenn niemand mehr wünscht, daß ich spreche, dann verlasse ich das Podium.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na ja, das haben sie jetzt zusammengebracht. Da können sie stolz darauf sein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie fragt mich was, ich gebe ihr höflich eine Antwort und dann ist sie beleidigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte auch einen Satz dazu sagen. Einen Satz, was mich vehement gestört hat und zwar vom Kollegen Payrleithner. Was ich nicht verstanden habe, als Betriebsrat, daß es geheißen hat, es sind Steuergelder. Bitte, die Leute arbeiten da herinnen, die bringen eine Leistung. Wenn die heute ein Gehalt bekommen, dann ist das doch selbstverständlich ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das hat ja damit nichts zu tun. Voranschlagsstelle, das kommt aus dem Budget.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Moment, du hast gesagt, da werden Steuergelder verwendet und das schaut anders aus als in einem Betrieb. Die Steuergelder werden verwendet, weil die Leute eine Leistung erbringen. Das möchte ich schon, daß das jeder zur Kenntnis nimmt. Die Leute arbeiten herinnen, also steht ihnen ein Lohn zu, also stehen ihnen auch Feiern zu. Es war ein Wunsch des letzten Gemeinderates, daß alles aufgelistet wird. Das ist jetzt gemacht worden und jetzt wird bei den einzelnen Punkten Kritik geübt und versucht die Summe herunterzusetzen. Entweder mir ist das an Subvention wert, dann gebe ich sie her oder mir ist es nicht wert, dann sage ich, ich bin dagegen. Das ist eine klare Vorgangsweise aber nicht eure.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Kollege Hoflehner. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte eines klarstellen. Die Freiheitlichen haben sicher kein Problem damit, wenn im Magistrat eine Weihnachtsfeier für Kinder veranstaltet wird. Wir haben auch überhaupt kein Problem damit, daß Betriebsausflüge veranstaltet werden, das macht jeder Unternehmer von uns, daß er solche Sachen macht um das Betriebsklima zu verbessern, um mehr Gemeinschaftsdenken in seiner Firma zu haben. Das ist überhaupt keine Frage. Wir haben auch überhaupt keine Probleme mit Kurse und Schulungen. Aber wenn das wirklich so normal ist, daß man Eisstockschießen, Motorradfahren, Schigymnastik, Photographieren geht usw., wenn das alles so normal ist.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Oppl!

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Von was reden wir dann da?

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Geh, laßt ihn einmal ausreden. Das nimmt jetzt überhand. Da werden so Dialoge geführt, ich muß da ein bißchen stärker durchgreifen.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Herr Oppl, von den S 59.000,-- sind mir aber auch 20 % zuviel, wenn es eh nur 20 % sind.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Laßt den Redner ausreden!

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Herr Bürgermeister bitte klären sie mich auf. Zahlt jetzt der Steuerzahler etwas dazu oder nicht. Also, wir zahlen S 400.000,-- dazu. Von etwas anderen sprechen wir ja nicht. Oder? Also, es ist ganz normal, daß der Bürger das Hobby finanziert. Wir haben nichts gegen Weihnachtsfeiern und Betriebsausflüge. Aber das kann ich euch sagen. Wettangeln, das hat es nicht einmal in der DDR gegeben, daß das der Steuerzahler bezahlt.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also jetzt entzündet sich wieder die Diskussion. Hauser, Frech.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Also das ist eine Form der Diskussion, die überhaupt nicht paßt, weil selbst das Gehalt der Bediensteten am Magistrat kommt von den Steuergeldern, wenn man das so sehen will und von allen Abgaben udgl. D.h., er bezahlt sogar seine Betriebsratsumlage von dort. Selbst jeder Polizist, jeder Lehrer lebt vom Steuergeld.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Du auch!

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Auch ich, unter anderem. Das ist schon richtig. Aber wenn es unter anderem diese Dinge nicht gäbe, würde ich mir ansehen, was sie euch abkaufen, die, welche so nahe in der Wirtschaft stehen und nichts hätten. Also, so kann man nicht diskutieren. Plötzlich beginnen wir, das Gehalt käme angeblich nicht von den Steuergeldern sondern nur diese S 400.000,-- Subvention. Bitte sehr, die Unterstützungen von Betriebschefs, Klaus, das hast du sogar selbst gesagt, gibt es. Hier ist der Magistrat als Dienstgeber zu sehen und nicht als Verbrater von Steuergeldern sondern der Dienstgeber Magistrat bezahlt seine Bediensteten und leistet eine Zuschuß, das ganz normal ist, für die Personalbetreuung. Das ist genau so, wie wenn du deinen Bediensteten etwas gibst. Genau so wie Kollege Bremm es zuerst gesagt hat. Ich bin der Meinung, du läßt auch nicht vom Chef die Betriebsratskassa überprüfen und ich bin auch der Meinung, daß das eigentlich eine gut Willtour ist, daß das aufgelistet ist, welche Betriebsratsgelder hier ausgegeben werden. Wenn der Betriebsrat oder die Personalvertretung, wie es im öffentlichen Dienst heißt,

ansucht, daß sie einen Zuschuß wollen, dann ist das gerechtfertigt, daß sie ansuchen. Dann können wir darüber abstimmen ob wir das wollen oder nicht. Aber nicht, daß wir jetzt jede einzelne Tätigkeit, die hier durchgeführt wird, im Sinne der Gemeinschaft, der Gewerkschaft und der Personalvertretung zerpfücken und fragen, ob sie das dürfen oder nicht. Weil nächstes Mal müssen sie vielleicht ansuchen, ob sie auf's Klo gehen dürfen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Ich glaube wir sollten wieder ein bißchen zu einer Versachlichung der Diskussion zurückkehren. Ich glaube, diese emotionalen Funken die da gesprüht wurden tun der Sache keinen besonders guten Dienst und zeugen eigentlich nur von einem gewissen Mangel im Umgang miteinander. Da sollte jeder von uns etwas beitragen diesen positiv zu ändern. Ich glaube, jeder von uns herinnen ist dafür, daß uns auch der Bereich des Personals etwas wert sein muß, daß auch die Personalbetreuung etwas kostet. Das ist jedem von uns klar. Ich glaube auch, daß sich niemand gegen diese Ausgaben der Personalbetreuung ausspricht. Das ist in jedem Betrieb so, das ist hier schon gefallen. Was ein anderer Diskussionspunkt ist, daß es in diesem Fall die Steuerzahler sind die dafür aufkommen müssen und vielleicht wir deshalb auch einen noch sorgsameren Umgang damit pflegen müssen als vielleicht in einem anderen Fall. Ich glaube auch nicht, daß es zielführend ist jeden einzelnen Posten durchzugehen und zu sagen, na ja, sollen sie lieber das Abo für die Zeitungen nehmen oder sollen sie Wettangeln gehen oder sonst irgendetwas. Das halte ich nicht für zielführend. Was ich aber schon anmerken möchte ist, daß im Zeichen des Sparpakets und auch im Zeichen wo wir immer mehr mit den Gebühren hinaufgehen, jeder von uns eigentlich schauen sollte einzusparen, daß das für alle Bereiche gelten muß.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das war schon einmal weit mehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Kann schon sein, daß es einmal mehr war. Aber die Frage die im Raum stehen dürfte, ohne daß man gleich polemisch oder emotional wird, ist, daß man sich die Frage stellt, kann man nicht diese Leistungen die erbracht werden vielleicht zu einem etwas geringeren Tarif bringen. Ich weiß es nicht, ob diese Überlegungen stattgefunden haben. Ich glaube, es ist legitim darüber nachzudenken ob man nicht sagt, ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, laßt die Frau Kollegin ausreden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Aber es ist scheinbar da herinnen wirklich nicht möglich, sachlich über eine Angelegenheit zu sprechen. Es ist scheinbar nicht möglich einen Aspekt hineinzubringen. Wäre es nicht vielleicht auch einmal gerechtfertigt, ich weiß nicht ob die 10 % gerechtfertigt sind, die kommen mir da auch so irgendwie unmotiviert daher, daß weiß ich nicht. Ich würde nur ersuchen, daß man in den kommenden Jahren auch schaut, ob man nicht genau die gleiche Leistung vielleicht etwas günstiger erbringen kann. Als Beispiel sehe ich, wenn ich heute S 450.000,-- insgesamt für Weihnachtsfeiern ausbe, denke ich mir, sind die vielleicht auch um S 400.000,-- möglich. Ich werde diesem Antrag die Zustimmung erteilen, weil ich finde, daß die Personalvertretung etwas bekommen soll, aber ich glaube schon, daß es gerechtfertigt ist, darüber auch eine Diskussion zu führen, wenn man in allen Bereichen einspart und wir sparen bei Kulturvereinen ein, die bekommen auch nicht immer alles, um was sie ansuchen, dann muß es legitim sein, auch einmal darüber zu diskutieren, ob da vielleicht ein paar Prozentpunkte Abstrich gemacht werden. Aber ich spreche mich im Prinzip für diese Subventionsgewährung aus und ich werde auch meine Zustimmung geben, aber ich glaube schon, daß man darüber diskutieren darf, ohne daß gleich irgendwelche Unter- und Übergriffe stattfinden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster am Wort ist Stadtrat Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube, ich gerate nicht in den Verdacht, ein Arbeitnehmervertreter zu sein. Nichts desto trotz amüsiert mich aber wirklich diese Diskussion ein bißchen. Ich sage bewußt amüsieren, weil ich verstehe die Welt wirklich nicht mehr. Die Personalvertretung hat ersucht, einen Zuschuß zu Aktivitäten zu bekommen. Einen Zuschuß, der vor

allem, natürlich auch für das was wir uns vorstellen, verwendet wird (Kinderweihnachtsfeier, Zuschüsse für Betriebsausflüge, Kinderferienaktion und Zuschüsse für Weihnachtsfeiern). Alleine diese ersten vier Positionen machen S 800.000,-- aus. Wenn hier die Personalvertretung sagt, bitte schön, lieber Arbeitgeber, zahle mir die Hälfte dazu, dann verstehe ich das. Umgerechnet pro Dienstnehmer, und das ist heute schon ausgeführt worden, sind das ungefähr S 400,--. Wenn ich in meinem Betrieb mehr als S 400,-- ausbebe, habe ich damit überhaupt kein Problem. Wenn man sagt, jetzt lege aber alle deine Kosten und Aufwendungen offen, da muß ich schon sagen, was die mit ihrem eigenen eingezahlten Geld machen, das interessiert mich nicht. Mich interessiert nur, was geschieht mit dem Geld, was ich als Subvention gebe und das ist alleine mit den ersten vier Ausgaben in entsprechender Höhe nachgewiesen.

Einen zweiten Aspekt möchte ich auch einbringen. Und zwar, die Subvention zu dieser Durchführung der Personalbetreuung ist ja schon im letzten Budget beschlossen worden. An der Höhe hat sich ja auch nichts geändert. Wir waren in Kenntnis dieser Subvention, wir haben dem Budget zugestimmt und wir stimmen selbstverständlich auch heute zu. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Nur zwei Ergänzungssätze, einige kleine Korrekturen. Kein Arbeitgeber, jetzt sage ich es von der Arbeitnehmerseite, ist verpflichtet, eine Weihnachtsfeier durchzuführen. Er macht es freiwillig, weil er seine Leute motivieren will. Die Personalbetreuung ist eines der wichtigsten Kapitel. Glauben sie es mir, ich bin seit 30 Jahren im Personalwesen. Da gibt es große Wissenschaftler, daß Motivation wesentlich besser ist und Motivation von Rahmenbedingungen geschaffen wird. Wir sind von der ÖVP-Fraktion natürlich gegen den Abänderungsantrag. Meine Nachbarin hat sogar gesagt, nachdem sie die einzelnen Positionen durchgerechnet hat, für die Bücher, pro Dienstnehmer 35 Groschen im Jahr, das ist ihr, als Bibliotheksgründerin in der Hauptschule, viel zu wenig, aber wir stimmen den S 400.000,-- natürlich zu. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dadurch, daß ich jetzt ein bißchen länger auf meine Wortmeldung warten müssen habe und eigentlich schon früher gemeldet habe, hat mir der Kollege Mayrhofer eigentlich meine Wortmeldung schon fast vorweggenommen. Ich sehe das genauso. Man braucht nur die ersten Punkte nehmen, man könnte auch sagen, es liegt in der Pflicht der Stadt die Weihnachtsfeier z. B. nicht nur zur Hälfte sondern ganz zu bezahlen oder auch die Zuschüsse für die Kinderferienaktion oder für die Pensionisten, dann wären wir schon bei den S 400.000,-- die wir heute ausbezahlen. Hier fehlt bei den Freiheitlichen einfach der Mut zu sagen, warum sie dagegen sind. Man sucht sich da einzelne Posten heraus, wie dieses Wettangeln, das eigentlich nur das verschleiern soll, daß ihr eigentlich grundsätzlich gegen diesen Posten seid.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das ist mir neu, daß wir uns nicht sagen trauen, wenn uns etwas nicht paßt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Man könnte auch einfach sagen, S 400.000,-- für die Kinderferienaktion und die Weihnachtsfeiern, dann hätten wir die S 400.000,-- auch. Wir haben vorher irrsinnig viel über Kostendeckung gesprochen, haben hier einen Posten von 1,8 Millionen, wo ein Zuschußbedarf von S 400.000,-- ist und einem Verein oder einem Subventionsbereich der mit so einem großen Kostendeckungsgrad arbeitet, den wünsche ich mir in anderen Bereichen. Also noch einmal. Alleine diese ersten Posten würden es eigentlich für müßig erklären darüber zu diskutieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Kein langes Schlußwort. Ich denke, daß die Stimmung der Steyrer Bevölkerung und die Meinung der Steyrer Bevölkerung über die, hier in diesem Hause, arbeitenden und werkenden Menschen sich in den letzten Jahren permanent verbessert hat und, daß jetzt wirklich eine gute Meinung über die Magistratsbediensteten herrscht und,

daß diese S 400.000,-- ein, ich möchte beinahe sagen, kleiner Beitrag, ein kleines Dankeschön an die Mitarbeiter in diesem Hause ist, für ihre Leistungen für die Bevölkerung dieser Stadt. Ich ersuche um ihre Zustimmung für diese Mittel.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den ...

Zwischenruf: Abänderungsantrag!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, wir kommen zur Abstimmung.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Aber über was?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das werde ich dir dann schon sagen, wenn es soweit ist.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nach dem Schlußwort des Referenten kommen wir zur Abstimmung habe ich gesagt. Also wir stimmen zunächst über den Abänderungsantrag der Freiheitlichen, der darauf hinausläuft anstelle des Hauptantrages der S 400.000,-- Subvention für Betreuungsaufgaben der Personalvertretung vorsieht, nur S 360.000,-- hier freizugeben. Wer für diesen Antrag stimmt, den Antrag der Freiheitlichen, den bitte ich um ein Zeichen (9 - FPÖ). Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? (SPÖ, ÖVP, GAL). Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltung? (1 - LIF).

Wir stimmen nunmehr über den Hauptantrag ab, nämlich S 400.000,-- wie im Budget vorgesehen zur Auszahlung zu bringen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen (SPÖ, ÖVP, Grüne, LIF, 2 FPÖ - GR Fürweger und GR Payrleithner). Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? (7 FPÖ). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Wir haben Ausgaben von S 2,147.000,-- beschlossen. Wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liberal?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELE FRECH:

Nein. Ich will die Sitzung nicht unnötig verlängern.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir sind heute verhältnismäßig rasch mit unserer Sitzung fertig geworden. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schliesse die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.35 Uhr.

Der Vorsitzende: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR

Die Protokollführer: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

Die Protokollprüfer: GR Edith Radmoser, GR Andreas Kupfer